



8. Sitzung

Berlin, Mittwoch, 29. März 2000

Inhalt Seite

Geschäftliches

Anträge auf Durchführung einer Aktuellen
Stunde _____ 326 (A)

Rücktritt eines Senatsmitglieds
Frau Bm Thoben _____ 326 (B)

Wahrnehmung der Geschäfte eines Senats-
mitglieds
Sen Dr. Werthebach _____ 326 (C)

Aktuelle Stunde

Senat steuert Haushalt in die Katastrophe

verbunden mit

Anträge

**Konsequenzen aus dem Scheitern von Kul-
tur- und Wissenschaftssenatorin Thoben**
– Drs 14/299 – _____ 326 (B)

Neue Berliner Kulturpolitik
– Drs 14/303 – _____ 326 (B)
Abg. Wolf (PDS) _____ 326 (C), 338 (C)
Abg. Landowsky (CDU) _____ 328 (A)
Frau Abg. Ströver (Grüne) _____ 330 (B)
Abg. Wowereit (SPD) _____ 332 (B, D)
Abg. Brauer (PDS) _____ 332 (D), 335 (A)
RBm Diepgen _____ 335 (B)
Frau Abg. Künast (Grüne) _____ 339 (B)
Abg. Dr. Girnus (PDS) _____ 341 (A)

(A) Präsident Führer eröffnet die Sitzung um 9.03 Uhr.

Präsident Führer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sondersitzung. Es ist die achte Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich begrüße Sie, unsere Gäste, die Zuhörer und Zuschauer. Wie uns mitgeteilt wurde, wird diese Sitzung live vom Fernsehsender B1 übertragen – dementsprechend können Sie sich verhalten.

[Heiterkeit – Beifall]

Wegen der Nichtteilnahme an unserer heutigen Sitzung hat sich Herr Senator Branoner entschuldigt. Wie dem Ältestenrat bekannt gegeben worden ist, befindet er sich auf einer Dienstreise in den USA.

Die heutige Sitzung wurde auf Antrag der Fraktion der PDS und der Fraktion Bündnis 90/Grüne gemäß § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses einberufen. Das Quorum war erfüllt, und die Einladung ist Ihnen rechtzeitig zugegangen. Mit dieser Einladung sind Ihnen zwei Anträge zur Durchführung einer Aktuelle Stunde zugestellt worden. Einer dieser beiden Anträge, nämlich der der Fraktion Bündnis 90/Grüne über „CDU-SPD-Koalition treibt Berlin in den Offenbarungsseid“ ist im Ältestenrat zurückgezogen worden, so dass nur noch ein Antrag zur Aktuellen Stunde vorliegt, und zwar der Antrag der Fraktion der PDS zum Thema „Senat steuert Haushalt in die Katastrophe“. Somit brauchen wir keine Entscheidung über das Thema der heutigen Aktuellen Stunde zu treffen und werden so verfahren.

Ich rufe als einzigen Tagesordnungspunkt auf

Aktuelle Stunde

zum Thema „Senat steuert Haushalt in die Katastrophe“

(B) Hierzu liegt ein dringlicher Antrag vor,

Drucksache 14/299:

Antrag der Fraktion der Grünen über Konsequenzen aus dem Scheitern von Kultur- und Wissenschaftssenatorin Thoben

sowie ein weiterer dringlicher Antrag,

Drucksache 14/303:

Antrag der Fraktion der PDS über neue Berliner Kulturpolitik

Bei Anerkennung der Dringlichkeit schlage ich vor, diese Anträge mit der Aktuellen Stunde zu verbinden. Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Stimmen Sie der Verbindung beider Anträge zu? – Ich höre keinen Widerspruch.

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion beschlossen. Der Senat wurde gebeten, sich ebenfalls an diese Redezeit zu halten.

Bevor wir in die Beratung eintreten, verlese ich zur Kenntnisnahme zwei Schreiben vom 24. März 2000, die an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gerichtet wurden:

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich von meinen Ämtern der Bürgermeisterin Berlins und der Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur zurücktrete.

Hochachtungsvoll

Christa Thoben

Das zweite Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter Bezugnahme auf das Ihnen bereits vorliegende Rücktrittsschreiben vom 24. März 2000 teile ich Ihnen mit, dass

die Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Christa Thoben, gemäß Artikel 56 Absatz 4 der Verfassung von Berlin mit Wirkung vom 24. März 2000 von ihren Ämtern zurückgetreten ist. (C)

Ich habe den Senator für Inneres, Herrn Dr. Eckart Werthebach, gebeten, bis zur Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin die Geschäfte der Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur wahrzunehmen.

Die Mitglieder des Senats von Berlin habe ich mit besonderem Schreiben gebeten, von dieser Entscheidung Kenntnis zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Eberhard Diepgen

Regierender Bürgermeister von Berlin

So weit die Schreiben zu Ihrer Information und Kenntnisnahme.

Wir beginnen nun mit der Aussprache. Im Anschluss an die erste Fraktionsrunde ergreift der Regierende Bürgermeister das Wort. – Dieses nur zur Ankündigung, damit Sie sich darauf einstellen können. – Für die Fraktion der PDS hat nun der Abgeordnete Wolf das Wort. – Bitte sehr!

Wolf (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Frau Thoben in Berlin als Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur angetreten ist, wurde sie von uns auf eine für ein Mitglied der großen Koalition ungewöhnlich freundliche Art und Weise begrüßt. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir jedes Senatsmitglied, das den Mut hat, von draußen in diese Stadt zu kommen, begrüßen. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass sie eine schwere Aufgabe vor sich hat und dass das System Radunski der Theaterfinanzierung ähnliche Abgründe aufweist wie das System Kohl der Anderkonten und dass sie eine schwere Aufräumarbeit vor sich hat. Und ich habe Frau Thoben ein Versprechen gegeben.

[Ach! von der CDU und der SPD]

Ich habe nämlich damals in meiner Rede gesagt: Frau Thoben, ich verspreche Ihnen eines: So etwas wie hier haben Sie noch nie erlebt. – Das ist eines der wenigen Versprechen in der Berliner Politik, die eingehalten worden sind.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Der Rücktritt von Frau Thoben wirft ein Schlaglicht auf die Berliner Politik. Denn Frau Thoben hat sich geweigert, die Berliner Mentalität der Politik des Aussitzens, des Moderierens statt des Anpackens der Probleme, des Schönredens und des Vertuschens weiterzumachen.

Und dieses Problem geht weit über das Kulturressort hinaus. Wieder einmal musste jemand gehen, der von außen in diese Stadt gekommen und nicht Bestandteil des **Berliner Milieus** ist. Es ist bekannt, dass wir keine Freunde von Jörg Schönbohm gewesen sind. Als Jörg Schönbohm Ambitionen anmeldete und zu befürchten war, dass er in einen Konflikt mit dem Regierenden Bürgermeister steuert, musste er gehen. Aber ich sage: Mit Jörg Schönbohm konnte man sich wenigstens noch streiten. Da lohnte es sich noch zu diskutieren – statt mit der Beamtenmentalität, die jetzt das Innenressort übernommen hat.

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –
Oh! von der CDU]

Das Gleiche gilt für Frau Thoben, und auch die Art und Weise, wie Frau Fugmann-Heesing das Finanzressort in dieser Stadt verlassen musste, war kein Zufall. Frau Thoben ist ein weiteres Opfer des Berliner Milieus, der Politik der Realitätsverweigerung, der politischen Bewegungslosigkeit und der fehlenden Bereitschaft, eine Politik der Veränderung in dieser Stadt einzuleiten. Frau Thoben war nicht bereit, eine Politik weiter fortzusetzen, die reale Deckungen durch „Bemühenszusagen“ ersetzt, die ungedeckte Versprechen macht, die mit Finanzmitteln operiert, als ob es sich um schwarze Kassen handelte, und die von Strukturveränderungen redet, aber eine Politik des „Weiter so“ propagiert –

Wolf

- (A) allerdings ein „Weiter so“ mit immer weniger Geld. Wenn man keine Politik der Strukturveränderung, sondern eine **Politik der Reformverweigerung** in dieser Stadt betreibt und die alten Strukturen mit immer weniger Geld zu finanzieren versucht, dann läuft das auf die Zerstörung der Strukturen in dieser Stadt hinaus. Das ist die schlechteste aller denkbaren Lösungen, und Frau Thoben war nicht mehr bereit, diese Politik mitzumachen.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass die seit langem für den Kulturbereich diskutierten Veränderungen endlich angepackt werden. Dazu gehört als erstes die aktuelle Diskussion, die jetzt begonnen hat, nämlich wie das Verhältnis zwischen Berliner Aufgaben und **bundesstaatlichen Aufgaben in der Kulturpolitik** klar zu definieren und abzugrenzen ist. Es kann nicht angehen, dass die Hauptstadtkulturfinanzierung und die Beiträge des Bundes zur Defizitfinanzierung und zur Verschiebemasse innerhalb des Berliner Haushaltschaos werden, sondern es müssen klare Zuständigkeiten und klare Verantwortlichkeiten definiert werden. Von unserer Seite liegt seit langer Zeit hierzu ein Antrag vor, und zwar ein Vorschlag, wo wir sagen: Der Bund muss Verantwortung und die Trägerschaft für die Bereiche übernehmen, die von gesamtstaatlicher Bedeutung sind und die mit dem Erbe der deutschen Geschichte – sowohl der nationalsozialistischen Vergangenheit als auch der DDR-Geschichte – zusammenhängen. Das heißt für uns, dass z. B. die Fragen zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder zu den Mahn- und Gedenkstätten mit dem Bund verhandelt werden müssen, damit er hierfür die Verantwortlichkeit übernimmt, und auf der anderen Seite muss Berlin die Verantwortung für seine städtische Kultur übernehmen und kann hier nicht laufend auf Unterstützung des Bundes hoffen. Hier muss eigene **Verantwortung für städtische Kultur** übernommen und gesagt werden, was Berlin an Kultur anbieten und finanzieren will, und dann muss Berlin dieses auch ausfinanzieren.

[Beifall bei der PDS]

- (B) Zu den notwendigen Veränderungen gehört auch das, was seit langem diskutiert wird, nämlich die Notwendigkeit eines einheitlichen und **transparenten Tarifsystems**, und zwar eine Tarifsystems, das den Bedürfnissen des Kulturbetriebs angepasst ist. Das muss endlich angegangen werden. Auch die Finanzierung und der Abbau des Überhangs im Kulturbereich und bei den Kulturinstitutionen müssen angegangen werden. Auf dieser Grundlage müssen langfristige Verträge mit Eigenverantwortlichkeit für die Institutionen abgeschlossen, aber gleichzeitig auch Planungssicherheit hergestellt werden. Diese Fragen müssen endlich angegangen werden, statt dass man diese Probleme länger vor sich herschiebt.

Ich habe schon mehrfach gesagt, dass das Problem im Kultur- und Wissenschaftsbereich kein Einzelproblem ist, sondern den gesamten Haushalt und die gesamte Politik im Land Berlin durchzieht. Das System Radunski ist nicht einfach nur ein System Radunski gewesen, sondern es ist ein System Diepgen, nämlich die Verweigerung von Entscheidungen und politischer Stillstand.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Wenn man sich den Haushalt ansieht, den wir gerade beraten, dann ist offensichtlich, dass diese ungedeckten Zusagen, diese leeren Versprechungen, das Hin- und Herschieben und Jonglieren mit Mitteln sowie die „Bemühenszusagen“ mehr und mehr zum System der Haushaltspolitik insgesamt werden und dass diese Krankheit aus dem Kulturbereich mittlerweile den gesamten Haushalt des Landes Berlin ergriffen hat.

Herr Kurth, Sie wissen, dass im Z-Teil der Bezirke, den gesetzlich notwendigen Aufgaben, eine absolute Unterfinanzierung existiert und dass wir in diesem Jahr in diesem Bereich wieder ein Haushaltsdefizit von mindestens einer halben Milliarde DM erwirtschaften werden. Alle wissen es, aber nichts passiert. Niemand geht das Problem etwas an, es wird sich schon irgendwie zurechtschaukeln – das ist die Logik.

Herr Werthebach, Sie wissen, dass in Ihrem Personalhaushalt erhebliche Risiken enthalten sind und keine ausreichende Tarifvorsorge existiert. Hier kommt ein Defizit von mindestens

200 Millionen DM, möglicherweise noch mehr, auf uns zu, aber auch auf Ihrer Seite gibt es permanente Reformverweigerung in Bezug auf den Personalhaushalt, den Abbau des Stellenüberhangs und die Frage, wie man die Personalkosten in diesem Land dauerhaft reduzieren und in den Griff bekommen kann. Es reicht eben nicht aus, Herr Diepgen und Herr Werthebach, den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen zu verkünden und ansonsten nichts zu tun. Sie gehen die Umverteilung von Arbeit und Einkommen im öffentlichen Dienst nicht an und laufen damit sehenden Auges in die Katastrophe. Das ist die Politik, die Sie betreiben, und das ist nicht akzeptabel.

[Beifall bei der PDS und den Grünen –
Trapp (CDU): Wollen Sie betriebsbedingte Kündigungen?]

Herr Strieder, was ist denn mit Ihrem Etat? – Eine Unmenge von fiktiven Einnahmen: fiktive Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe, die nicht kommen werden, fiktive Einnahmen aus der Dividende von Wohnungsbaugesellschaften, die nicht kommen werden, riesige und weiter wachsende Defizite im Bereich der Entwicklungsträger, die nicht ausfinanziert sind,

[Zuruf von Sen Strieder]

und anstehende Kosten für das Olympia-Stadion, für die es keine finanzielle Vorsorge gibt. Das sind nur wenige Beispiele für die Risiken, die innerhalb dieses Haushalts existieren.

Herr Branoner! Sie haben eine Effizienzrendite über 75 Millionen DM bekommen, aber nichts davon wird erbracht werden können. Das ist mittlerweile in dieser Haushaltsberatung schon klar geworden. Das heißt, auch hier Defizite, ungedeckte Versprechen und ungedeckte Schecks.

Im Jugendressort fehlen 40 Millionen DM für die Kitakostenbeteiligung, und bis heute gibt es keinen Deckungsvorschlag. Wahrscheinlich werden Sie wieder die Effizienzrendite erhöhen. Ich will jetzt gar nicht die Liste weiter verlängern. In diesem **Haushalt sind Risiken** in Höhe von über einer Milliarde DM enthalten, und damit sind die von Ihnen selbst richtig benannten Risiken noch nicht eingerechnet, die sich aus der Politik der Bundesregierung für den Haushalt ergeben und die bei 1,2 Milliarden DM liegen. Wenn man einen solchen Haushalt weiterfährt, obwohl man weiß, dass das Haushaltsjahr 2001 wesentlich schwieriger und komplizierter sein wird als das Haushaltsjahr 2000, weil dann noch einmal eine Absenkung der Ausgaben um 1,2 Milliarden erfolgen muss – wir alle wissen das –, wenn man diese Realität nicht zur Kenntnis nimmt, sich nicht hinsetzt und sagt, was man wirklich ändern muss in dieser Stadt, dann läuft das gegen den Baum. Dann haben wir in einem Jahr im Gesamthaushalt die Situation, die wir heute im Kulturhaushalt haben.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Da der Anlass das Wissenschafts- und Kulturressort ist und dabei ein wesentlicher Anlass die Auseinandersetzung um **betriebsbedingte Kündigungen bei der Charité** gewesen ist, muss man auch Folgendes berücksichtigen: Was im Krankenhausbereich von Herrn Diepgen, von Herrn Orwat und von Frau Hübner an Erblast hinterlassen wurde und was hier an Haushaltsrisiken existiert, das schreit doch zum Himmel! – Erstens wurden 40 Millionen DM an Einnahmen eingestellt, von denen der Rechnungshof sagt, dass sie nicht kommen werden. Zweitens ist das Personalkonzept in Zusammenhang mit der Umsetzung des Krankenhausplanes in Höhe von 356 Millionen mitnichten ausfinanziert. Die Veränderungen, die Sie der AOK versprochen haben, werden wahrscheinlich nicht kommen, weil die Häuser dagegen klagen werden und das Vorhaben deshalb nicht umgesetzt wird. Und der Bund stellt Rückforderungen in Höhe von 146 Millionen DM in Aussicht, weil Sie sich gesetzeswidrig verhalten haben. Das ist die Realität, über die hier geredet werden muss. Mit dieser Politik muss Schluss sein!

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Deshalb stelle ich fest: Die Geräuschlosigkeit, mit der der Haushalt – entgegen der sonstigen Gewohnheit – für dieses Jahr verabschiedet wurde, die Stille, die in den ersten hundert Tagen in dieser Regierung herrschte, waren der Versuch noch

Wolf

- (A) einmal hundert Tage lang die Probleme wegzudrücken. Die Probleme sind jetzt da. Sie sind offensichtlich, und Sie werden nicht die nächsten viereinhalb Jahr diese Probleme weiterhin unter den Tisch kehren können.

Wir stimmen Frau Thoben zu, die sagte: „Die Zeit der Rechenkünstler ist vorbei.“ Jawohl, man kann sich nicht mehr mit Rechentricks über die Runden retten! Es muss darum gehen, dass endlich in dieser Stadt eine realistische Bestandsaufnahme gemacht wird. Wir brauchen einen ernsthaften Kassensturz, nicht fiktive Finanzplanung, nicht den Verzicht auf Investitionsplanung. Die Wahrheit muss auf den Tisch kommen, und auf dieser Grundlage muss man darüber diskutieren, was man sich in dieser Stadt noch leisten kann, wie man mit dieser Misere umgeht. Wir sind bereit, dabei mitzuwirken, aber nur unter einer Voraussetzung: Erst einmal muss die Wahrheit auf den Tisch, und der Offenbarungseid dieser Koalition und der Politik der letzten neun Jahre, die Sie weiter fortführen, muss erst geleistet werden. Aber dann muss man an die Aufräumarbeit gehen!

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –
Frau Richter-Kotowski (CDU): Das ist ja unglaublich!]

Präsident Führer: Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Landowsky!

Landowsky (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wolf, Sie haben so freundlich die letzten neun Jahre angesprochen. Ich weiß, wir kamen in ganz Berlin damals aus goldenen Zeiten. Und nun geht es Ihnen ganz schlecht – insbesondere denjenigen, die Sie vertreten.

Die Haushaltsdebatte werden wir morgen in zwei Wochen führen. Sie haben einen großen Teil Ihrer Rede schon vorweggenommen; was wollen Sie eigentlich dann noch sagen?

- (B) Aber bitte – jeder macht das so, wie er es will. Ich werde heute zu dem aktuellen Anlass ein paar Worte sagen. Ich glaube, die anderen sehen das genauso; nach mir spricht die Miss Marple der Kultur, Frau Ströver.

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU]

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU]

Kultur ist heute auch das Thema.

Ich sage auch etwas zum **Rücktritt der Kultursenatorin**. Ich habe mich bis heute mit offiziellen Stellungnahmen sehr zurückgehalten. Ich sage heute ganz deutlich: Ich bedauere den Rücktritt außerordentlich. Und für nahezu alle meine Kolleginnen und Kollegen ist es auch eine tiefe persönliche Enttäuschung, dass Frau Thoben ihr Amt in Berlin abgegeben hat. Kultursenatorin in Berlin zu sein, ist ein schwerer Job. Deswegen haben wir uns bei der Wahl derjenigen Person, die wir mit dieser Aufgabe betrauen, außerordentliche Mühe gegeben. Wir haben gefragt: Welches Persönlichkeitsprofil muss jemand haben, der eine solche Aufgabe übernimmt? Es gibt immer zwei Möglichkeiten: Entweder ich nehme jemanden mit Affinität zu Kunst, Kultur und Wissenschaft, oder ich nehme wegen der wirtschaftlichen Probleme, die auch das Kulturressort hat, jemanden mit Managementfähigkeiten, die er in der Wirtschaft bewiesen hat. Wir haben deshalb auf gute Namen wie Wolf Lepenies, Monika Grütters, Erich Thies oder Christoph Stölzl verzichtet

[Heiterkeit bei den Grünen – Zurufe von den Grünen]

und einer Frau die Verantwortung gegeben, die ihre wirtschaftliche Erfahrung über Jahre bewiesen hat.

Heute, hundert und ein paar Tage später, merken wir: Es war ein Irrtum. Der Rücktritt war nicht zwingend. Er war für uns auch überraschend. Und er war deswegen auch nicht zwingend,

[Zurufe von den Grünen]

weil wir im Kreis der Koalition alles daran gesetzt haben, diesem Kultur- und Wissenschaftshaushalt eine Ausgeglichenheit zu geben. Wir werden in 14 Tagen einen Kulturhaushalt verabschieden, der sogar um 67 Millionen DM höher als der letzte ist. Wir

haben auch Mittel bereit und in Aussicht gestellt, die wir eigentlich für Außenfinanzierung für die eine oder andere Aktivität vorgesehen hatten. Das heißt, die finanzielle Lage des Haushalts 2000 kann nicht der Grund gewesen sein, denn wir werden mit wenigen noch zu klärenden Facetten diesen Haushalt verabschieden. Es ist ein Haushalt, der die finanziellen Möglichkeiten des Landes Berlin ausreizt und eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr darstellt. Das ist eine Leistung der großen Koalition.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Wenn Sie heute sagen, Herr Wolf, betriebsbedingte Kündigungen reichten nicht aus, ist das eine Buchhalterdiskussion. Entweder Sie haben einen Gelddrucker – den werden Sie nicht haben –, oder Sie verschleiern vor den Menschen draußen, dass Sie Einrichtungen schließen wollen. Und wir wollen keine Kultureinrichtung schließen.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir wollen – und das ist das Ziel der CDU und auch dieser Koalition –, dass Berlin die Stadt der Forschung, der Wissenschaft, der Kunst und der Kultur bleibt. Das ist das einzige Asset, das diese Stadt als Vorteil gegenüber allen anderen Regionen der Bundesrepublik hat. Und das bleibt auch so erhalten.

[Beifall bei der CDU –
Hoff (PDS): Sagen Sie doch mal, wie!]

– Schreien Sie doch bei dem Thema Kultur nicht so!

[Doering (PDS): Uns ist die Kultur wichtig!]

Ein bisschen mehr Sensibilität könnte Ihnen gut tun!

[Zuruf von den Grünen: Die merkt man
bei Ihnen an „Miss Marple“!]

– Humor war nie Ihre starke Seite, das gebe ich zu. Aber als Kulturmensch müssten Sie doch schon einmal im Kino gewesen sein! Oder? Sie nicht? – Nein, Sie nicht!

[Heiterkeit bei der CDU]

Was ein ernsthafter Einwand ist: Wenn wir jetzt den Haushalt verabschieden und damit in 104 Tagen dieses neuen Senats die Analysen durchgeführt haben werden, bedauere ich es ganz besonders, dass wir nun mit der Senatorin nicht mehr an die Lösung der Probleme für den Haushalt 2001 gehen können. Wir haben gestern noch einmal festgelegt, dass auch die fehlenden 25 Millionen DM für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz bereitgestellt werden. Das sind Leistungen, die an die Grenze des Landes gehen. Deswegen: Es war kein Abgang mit Grandezza. Das Modell Lafontaine und Thoben sollte nicht Beispiel in der Republik machen.

[Cramer (Grüne): Warum ist sie denn nun zurückgetreten?]

Wir haben in einem Ausmaß an Solidarität – das sage ich persönlich –, keiner mehr als der Regierende Bürgermeister und Finanzsenator Kurth, hinter der Kultursenatorin gestanden. Jeder, der die Materie kennt, weiß das ganz genau.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen –
Frau Künast (Grüne): Mit dem Colt!]

Ich habe mich bisher zurückgehalten, aber nun habe ich in den letzten vier Tagen einmal in die Zeitung geguckt. Es ist unglaublich, was dort berichtet wurde. Erst spielte das Panikorchester auf, dann kamen die ganzen Klageweiber, und jetzt ist inzwischen Schlaumeierzeit.

[Cramer (Grüne): Der größte steht da vorn!]

Das ist nun einmal so: Es war vier Monate Ruhe, da haben Sie ganz Recht. Und nun, auf einmal, ist die Kiste aufgemacht. Ich kann das verstehen; es war eben nicht allzu viel los.

[Doering (PDS): Erst muss jemand zurücktreten!]

Einen Vorteil hat die ganze Sache: Die Pressefreiheit in der Bundesrepublik Deutschland ist überhaupt nicht gefährdet. Es darf unverändert bössartig und auch beleidigend berichtet wer-

Landowsky

- (A) den, insbesondere zu Ungunsten des Regierenden Bürgermeisters. Sachlich und tatsächlich zutreffend war in manchen Berichterstattungen kaum etwas. Aber das ist das Schöne an der Kultur: Da gibt es nur Fachleute! Im Kino war jeder schon einmal und im Theater auch. Es gibt eine kleine Widerstandsgruppe, die geht auch noch in Opern.

[Heiterkeit bei der CDU]

Ein Glas Rotwein hat auch schon einmal jeder getrunken, nicht, Herr Wieland? Für Kultur gibt es in dieser Region nur Fachleute, auch unter den Journalisten. Da gibt es die Feuilletonisten, sie entsprechen unseren Kulturpolitikern; dann gibt es die Lokal- und Haushaltspolitiker, die Lokalreporter; und dann gibt es natürlich auch die Parteifriesler, die alles in eine Gemengelage bringen.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das ist die falsche Rede; der Karneval ist schon vorbei!]

Vieles ist bar jeder Vernunft. Aber wir wollen uns darüber nicht groß austauschen; das macht das Kreative an dieser Stadt aus. Intendanten, die Zwerge von Thomas Langhoff – alle sind wieder auf der Bühne –, Peymann – auch Wirtschaftsleute, berufene und unberufene – alle äußern sich zu diesem Thema. Ist das nicht schön? – Das ist das kreative Klima dieser Stadt. Und darüber freue ich mich ganz besonders: Alle haben etwas zu sagen.

[Beifall bei der CDU]

Aber eins muss ich sagen, das hat mir schon gestunken, jetzt ist nämlich Schlaumeierzeit, jetzt kommen die Bundesschlaumeier: Herr „Neverman“, der Beamte von Herrn Naumann,

[Gram (CDU): Never again!]

den würde ich am liebsten an seine Mäßigungspflichten als Beamter erinnern. – Jetzt hat sich die Kulturausschussvorsitzende Frau Leonhard gemeldet. Ich empfehle übrigens unserem Kulturausschuss, sie einmal einzuladen, mit ihr in einen Dialog einzutreten; wenn sie gute Vorschläge hat, soll man sie beherzigen. Was nun nicht geht, ist, dass sich jeder Bundespolitiker, der früher nichts zu sagen hatte, weil es keine Kulturpolitik und -Kompetenz gegeben hat, sich nun als Oberkulturguru hier in Berlin aufspielt. Das gibt es nicht bei mir.

[Beifall bei der CDU – Mutlu (Grüne): Ha, ha! – Cramer (Grüne): Wo soll das Geld her sein?]

Nun will ich Ihnen noch ein Wort sagen zu unserem Herrn Staatsminister. Das finde ich schon ein Stück aus dem Tollhaus. Das, was sich der „Staatsminister Kultur“ gegenüber der Stadt Berlin und den Berlinerinnen und Berlinern leistet, ist eigentlich unverschämt, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

[Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Was hat er kulturell, wenn es Berlin nicht gäbe, für die Republik geleistet? –

[Gram (CDU): Dann würden wir ihn ja gar nicht kennen!]

Wenn es Berlin nicht gäbe, dann kommen sie mit der Antwort an der Nulllinie lang. – Und die 100 Millionen DM, die der Bund bereit stellt, die hat noch die alte Regierung beschlossen. Da gibt es eine Vereinbarung mit der Kulturverwaltung, darauf hat Peter Kurth als Finanzsenator mit Recht hingewiesen, die Disposition dieser 100 Millionen DM obliegt dem Land. Es wird abgerechnet, da hat der Bund Anspruch darauf, aber die Disposition darüber obliegt dem Land. Was nicht geht, dass wegen der 100 Millionen DM, die noch 30 Millionen DM weniger sind, als Bonn seinerzeit bekommen hat, nun Herr Naumann hergeht und meint: Das, was er kulturell für die Stadt notwendig findet, finanziert er aus diesen 100 Millionen DM und überlässt der Stadt Berlin die Restfinanzierung der kulturellen Einrichtungen. Das geht nicht, das können wir nicht akzeptieren. Berlin hat einen eigenen Kulturetat, der um ein Vielfaches höher ist, als das, was der Bund der Hauptstadt Berlin für Hauptstadtaufgaben zur Verfügung stellt.

Wenn er einen Tipp haben will vom mir, dann soll er einmal in andere Länder schauen, schauen, wie Frankreich mit Paris umgeht, wie England mit London umgeht und wie alle anderen

(C) Länder mit ihren Hauptstädten umgehen. Bonn mit seinen 130 Millionen DM will ich gar nicht mehr erwähnen. Wenn er der Stadt wirklich einen Gefallen tun will,

[Cramer (Grüne): Dann soll er die Kohle rüberschieben!]

dann muss der **Bund** die Aufgaben und Finanzierung dafür übernehmen, die ihm aus **nationaler Verantwortung** auch obliegen, und nicht der Stadt Berlin.

[Zuruf des Abg. Hoff (PDS)]

Das ist das Holocaust-Denkmal, das wäre die Topographie des Terrors, das sind die Ehrenmäler in der Stadt, das ist das Haus am Wannsee, das wäre das Jüdische Museum. Wenn dann der Bund noch sagt, ich finanziere auch noch die Deutsche Staatsoper mit, dann hätte er sich um die Kultur in Deutschland und in der Hauptstadt verdient gemacht. Das würde ich vom Bund erwarten.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Hoff (PDS): So ein Quatsch!]

Deshalb appelliere ich – auch weil ich aus Gesprächen weiß, dass er dafür sensibel ist – an den Bundeskanzler, auch an den Bundesaußenminister, dass Sie diese Verantwortung für die Hauptstadt erkennen und nicht die Kultur in der Hauptstadt so mit der Garotte fahren, dass wir etwas Vernünftiges nicht mehr bringen können. Der Bund muss seine nationalen Pflichten, was die kulturelle Repräsentation anlangt, endlich übernehmen. Da reichen 100 Millionen DM bei Weitem nicht aus. Da sind sich im Kern alle Menschen einig, die sich damit befassen. Das ist meine Bitte an Herrn Naumann.

[Beifall bei der CDU –

Cramer (Grüne): Herr Naumann ist aber nicht zurückgetreten, sondern Frau Thoben! Warum ist sie denn zurückgetreten?]

– Aus diesen finanziellen Gründen, Herr Cramer! Ich werde Ihnen den Weg aufweisen, wie man versuchen kann, ein Problem zu lösen.

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

(D) Lassen Sie mich das Fazit aus der Sache ziehen. Für das Gewesene gibt der Berliner „nüscht“. Den Nachfolger werden wir zeitnah wählen. Es bleibt dabei: Forschung, Wissenschaft, Entwicklung, Kunst und Kultur werden unverändert Priorität haben. Wir werden uns überlegen müssen – Herr Kollege Wowereit, wir haben darüber gesprochen –, dass wir strukturelle Schwächen vielleicht beseitigen.

[Doering (PDS): Vielleicht! –

Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Bei diesen unseligen Auftritten im öffentlich tagenden **Unterausschuss Theater**, wo jeder Intendant das Gefühl hat, er mache eine Premiere für sich – sollte man nachdenken, ob man den kulturellen Einrichtungen nicht mehr dient, wenn man mit ihnen vernünftig in einem vertraulichen Gespräch im Unterausschuss, wie in den vergangenen Jahren, umgeht und dann die Sachen macht.

Die Diskussion um die Reduzierung politischer Verantwortung und Ämter hat dazu geführt, dass wir uns heute leider keinen Justizsenator und keinen Kultursenator im Einzelnen leisten können.

[Frau Paus (Grüne): Aber je einen Staatssekretär!]

Eigentlich wäre das Parlament gehalten zu sagen, das war eine Fehlentscheidung, lasst uns die Möglichkeit wieder schaffen, eigene Kultur- und Justizminister in dieser Stadt zu haben.

[Beifall bei der CDU –

Doering (PDS): Sie haben doch dafür gesorgt, dass es so kommt! – Gejohle von links]

Vielleicht sollte der Ton der Politik im Umgang mit den Kulturschaffenden, die meines Erachtens in dieser Stadt auch ihre Freiräume haben müssen und auch Kritik üben können – Peymann hat das überall getan, davon hat er auch zum Teil gelebt, deswegen haben wir ihn ja auch geholt –, sensibler sein, sensibler jedenfalls als der Ton der Kultur im Umgang mit der Politik. Dazu will ich mich schon bekennen.

Landowsky

- (A) Unser Verhältnis zur Kultur zeigt sich darin, dass wir sagen: Der intellektuelle Zustand einer Gesellschaft spiegelt sich darin wider, wie wir mit Kunst und Kultur und ihren Künstlern umgehen.

[Zuruf von der PDS: Ganz richtig!]

Wir haben für den Haushalt 2001 verabredet – –

[Zuruf von links]

– Da brauchen Sie mir keine Vorschriften zu machen, Sie habe ich übrigens selten auf einer Kulturveranstaltung gesehen.

[Zuruf der Frau Abg. Jantzen (Grüne)]

– Ich bin mit dem Kollegen Wowereit in einer Sache einig: Wir werden, nachdem wir die Analyse durchgeführt haben, im nächsten Jahr zum Haushalt 2001 auch an die **Reorganisation** gehen, ohne dass wir Bühnen schließen wollen.

[Frau Künast (Grüne): Noch ein Versprechen!]

Wir wollen Kulturverträge, wir wollen einen Abfindungsfonds, wir wollen GmbHs, wir wollen ein verstärktes Sponsoring, wir wollen – wie das zum Teil geschieht – Fundusverkäufe, eine längere Öffnung der Häuser.

[Cramer (Grüne): Mit welchem Senator?]

Wir müssen über die Eintrittspreise reden, wir müssen über die Drittmittelwerbung der Kultureinrichtungen reden, ohne dass allerdings der Hauptausschuss oder der Finanzsenator dann jede eingeworbene Mark sofort abkassiert, sonst ist das Nonsense.

[Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

Wir müssen mehr Museen- und Theatershops wie in Amerika oder in Frankreich und überall schaffen, wir müssen auch die Museen anhalten zu überlegen, ob der Verkauf von Doppel- und Mehrfachbeständen aus ihren Depots nicht ein Mittel wären, zusätzliche Kulturaktivitäten zu finanzieren. Warum müssen Auflagen von 30 Grafiken in den Depots liegen, die immer größer werden, und kein Mensch sieht sie?

(B)

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Wir müssen das unzureichende Verhältnis von Kultur, Marketing und Werbung lösen. Paris bespielt fünf Opern, ohne dass da Montags oder über die Sommerzeit zu ist. Das sind alles Maßstäbe, an die wir alle auch langsam herangehen müssen,

[Müller-Schoenau (Grüne): Aber ganz langsam!]

von gemeinsamen Werkstätten einmal ganz abgesehen.

Vielleicht war dieser Konflikt auch heilsam für uns, vielleicht hat er uns wieder etwas näher an die Priorität herangebracht, die diese Stadt auch bitter nötig hat. Kunst und Kultur sind nicht nur der Gradmesser für den Bewusstseinsstand, sondern auch ein indirekter Faktor für die Wirtschaftsansiedlung. Heute entscheiden sich Unternehmen für einen Standort danach, wie die weichen Ansiedlungsfaktoren sortiert sind: die Ausbildung, die Bildung, die Forschung, die Wissenschaft, die Kunst und die Kultur. Jeder, der beim Thema Kultur versucht, parteipolitisch zu polemisieren, polemisiert gegen die Arbeitsplätze. Wir wollen, dass Berlin die Kulturhauptstadt Deutschlands bleibt. Sie können sich darauf verlassen, dies wird nicht nur im Haushalt 2000, sondern auch im Haushalt 2001 dokumentiert werden. – Schönen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Führer: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Ströver das Wort – bitte sehr!

[Kittlmann (CDU): Das ist Miss Marple!]

Frau Ströver (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Na, Herr Landowsky, so langsam kommt die Zeit, wo nichts mehr im Griff auf dem sinkenden Schiff ist.

[Niedergesäß (CDU): Na, na!]

Karneval ist vorbei, und ich habe gehört, dass in diesem Jahr die komödiantischen Haushaltsabschlussreden ausfallen – wahr-

scheinlich wollen Sie sie hier schon einmal halten. Es hat aber wirklich nichts, aber auch gar nichts zu tun mit dem Thema, mit dem wir uns hier heute befassen. (C)

[Niedergesäß (CDU): Ja komm' mal zur Sache!]

Endlich ist sie auf dem Tisch, die Misere um die Finanzierung des Kulturetats. Der Rücktritt von Frau Thoben belegt, das Finanzierungssystem für die Berliner Kultur stimmt hinten und vorne nicht. Dass dies so ist, ist nicht das Verschulden von Frau Thoben, Herr Landowsky, es ist die Hinterlassenschaft von Kultursenator Radunski aus der letzten Legislaturperiode. Die Gesamtverantwortung für das Dilemma haben Sie, Herr Regierender Bürgermeister.

[Niedergesäß (CDU): Oh!]

Deshalb erwarten wir von Ihnen, dass Sie sich dieser Verantwortung für das Haushaltsdebakel stellen, über das wir heute auch insgesamt reden.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Nach Radunski, der nach einer Legislaturperiode des Zukleisters von Problemen und Schönredens rasch das Weite gesucht hat, ist Frau Thoben nach nur 100 Tagen Amtszeit als Kultursenatorin gegangen. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt, da haben Sie Recht, Herr Landowsky. Das sei hier schon noch einmal angemerkt, zumal die öffentlichen Mystifizierungen des Handelns von Frau Thoben immer größere Ausmaße annehmen.

Wer mit einem weltläufigen – so sollte man meinen – politischen Erfahrungshintergrund wie Frau Thoben nach Berlin kommt, der oder die muss eigentlich wissen, was sie hier erwartet. Wie konnte Frau Thoben nur so blauäugig sein und ohne Kenntnisse über die Situation der Berliner Kultur und ohne sich genau über die Finanzierungslöcher bei der Kultur informiert zu haben, hier überhaupt antreten? Im Nachhinein erweist sich dieser Schritt als Beweis von besonderer politischer Naivität. Ein Abgang à la Oskar, Frau Thoben, das ist kein starker Abgang! (D)

[Beifall bei den Grünen]

Aber, meine Damen und Herren von der großen Koalition, Sie haben diese Senatorin ins offene Messer laufen lassen. Sie haben sie nicht beraten und nicht dafür gesorgt, dass sie die Unterstützung bekommen hat, die eine Kultursenatorin braucht, um den radunskischen Augiasstall auszumisten.

[Beifall bei den Grünen –
Niedergesäß (CDU): Na, na, na!]

Dass Frau Thoben ausgerechnet Herrn **von Rohr** zum **Kulturstaatssekretär** gemacht hat, lässt allerdings auch tief blicken: ein Fehlgriff auf ganzer Linie. Hier hat die Senatorin einen Bock zum Gärtner gemacht. Einer, der als Operndirektor in der Deutschen Oper natürlich mit verantwortlich war für das 19-Millionen-DM-Defizit, wurde geholt, um als angeblicher Kenner der Berliner Kulturszene dort selbst aufzuräumen – ein geradezu lächerlicher Vorschlag.

[Beifall bei den Grünen]

Wer hat diese Kultursenatorin bei dieser fatalen Personalentscheidung beraten? – Offenbar niemand, oder Böswillige aus den eigenen Reihen.

[Niedergesäß (CDU): Na, na!]

Und dass dieser Herr von Rohr kurz vor dem Abgang der Senatorin auch noch zum Beamten auf Lebenszeit gemacht wurde, ist geradezu eine Unverschämtheit und bestätigt wieder einmal alle diejenigen, die von der Selbstbedienungsmentalität der Politik reden.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Frau Thoben hat das Handtuch schon in der ersten Runde der Haushaltsberatungen 2000 geschmissen mit der Begründung, es fehle an auskömmlicher Finanzierung für den **Kulturetat** und es mangle am fähigen Personal. Wen mochte sie beim Personal wohl gemeint haben? – Nun, ihren unglückseligen Staatssekretär haben wir schon benannt. Aber was ist das für eine Ver-

Frau Ströver

- (A) waltung, die Vorschläge macht, dem Berliner Ensemble 2,4 Millionen DM vertraglich zugesagter Zuwendungen wegzunehmen und sie dann dem defizitären Deutschen Theater zuzuschustern? Was ist das für eine Verwaltung, die eine Senatorin so unvorbereitet in Haushaltsberatungen in den Unterausschuss Theater schickt, dass selbst uns als Oppositionsfraktion das Mitgefühl überfällt angesichts der Unkenntnis zu einzelnen Vorgängen, deren Hintergrund sie schließlich von uns Parlamentariern erfahren musste? – Wie kann es nur möglich sein, dass einem potenten Sponsor in Berlin quasi untersagt wird, sich selbst auszusuchen, welches Kulturprojekt, welche Operninszenierung er unterstützt? – Das alles ist so absurd. Ich kann nur sagen, wir brauchen für Berlin an allen Ecken und Enden Menschen, die die Kultur fördern, private Unterstützung. Wir dürfen nicht solche Leute vergraulen und ihnen signalisieren: Euer Geld brauchen wir nicht.

[Beifall bei den Grünen]

Besonders krass war in den letzten Tagen der Amtszeit von Frau Thoben die Finanzierungsdebatte um den Ausbau der Museumsinsel. Da wurde die Beschleunigung der Sanierung beschlossen. Doch niemand hat sich darum gekümmert, woher die zusätzlichen 25 Millionen DM im Berliner Haushalt beschafft werden sollen. Dann hieß es: Das machen wir mit EU-Fördermitteln. Tatsächlich ging dann auch die schriftliche Zusage aus der Finanzverwaltung ein: 25 Millionen DM sind da. Zwei Tage später hieß es: April, April! – Dem Unterausschuss Theater wurde mitgeteilt, dem Hauptausschuss auch: Wirtschaftssenator Branoner hat selbst 120 Millionen DM Miese in seinem Etat, also hat er auch keine Möglichkeit, 25 Millionen DM für die Museumsinsel bereitzustellen. Und nun – Branoner ist ja in den USA – hören wir gestern Abend vom Regierenden: Es ist jetzt doch wieder da. – Wo mögen sie vom Himmel gefallen sein? Wenn Herr Branoner aus den USA zurückkommt, werden wir wahrscheinlich das Geld wieder suchen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

- (B) Radunski hat es in der vergangenen Legislaturperiode auf fatale Weise versäumt, sinnvolle Strukturmaßnahmen mit den Berliner Kultureinrichtungen zu verabreden. Dabei hat der gesamte Senat die Landesbühnen allein gelassen, wenn es darum ging, die Tarifierhöhungen zu bezahlen. Wir wollen betriebsbedingte Kündigungen nicht, doch wie zu viel vorhandenes Personal auf die Etats der Häuser drückt, das müssen wir alle zusammen angehen und nicht einfach auf die lange Bank schieben. Radunski hat gewurstelt, und selbst die Kulturszene und die Öffentlichkeit fand den Kugelblitz prima. Zuletzt hat er auch noch den BZ-Kulturpreis erhalten. Geben Sie ihn zurück, Herr Radunski! Nicht einmal diese Auszeichnung haben Sie verdient.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Die erste Bemühenszusage – das schöne Wort, das wird uns noch verfolgen als Unwort des Jahres 2000 – hat Herr Radunski übrigens René Kollo gegeben, der das Metropol-Theater übernahm. Geld versprochen, nichts geliefert. Man lasse ein Theater mit nicht erfüllten Bemühenszusagen in Konkurs gehen, erkläre, man wolle es bald wiedereröffnen, nehme die Haushaltsrestgelder von 1997, 1998, 1999, stopfe damit die größten Löcher im Haushalt und komme über die Runden. So wollen wir keine Kulturpolitik mehr machen, nicht von Ihnen und von niemandem sonst.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Ja, für Frau Thoben war kein Metropol-Topf mehr da. Und auch der Bund gibt nichts mehr, und schon gar nicht, wenn Sie sich so aufführen wie Sie, Herr Landowsky. Ich kann Ihnen nur sagen, wir brauchen den Bund. So, wie Sie sich hier aufführen, wird er uns am ausgestreckten Arm verhungern lassen und nicht mehr geben, obwohl wir uns sehr wünschen, dass er uns mehr gibt.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

(C) Gut, Frau Thoben hatte keinen Metropol-Topf, und auch der Bund gibt nicht mehr die 60 Millionen DM zusätzlich wie 1999 als Wahlkampfgeschenk an die große Koalition. Hauptstadtförderung, da müssen wir sehen, ob wir langfristig mehr kriegen als die zugesagten 100 Millionen DM. Aber auch der Lottotopf, Ihr Lottotopf, kann nicht für jedes Ressort als Nottopf erhalten.

[Wowereit (SPD): Das stimmt!]

Es ist absolut klar, das hat auch zu tun mit der öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Theater, diese kreativen Tage der Haushaltsführung, die sind allemal vorbei. Und das ist gut so.

[Beifall bei den Grünen]

Jetzt liegt das alles offen auf dem Tisch, und wir müssen allesamt verantworten wie es weitergeht. An die Intendanten gerichtet will ich sagen, dass wir von ihnen auch einen realistischen Blick auf die Lage des Landeshaushalts erwarten und nicht mehr, wie bei vielen, ein bloßes Mehr, Mehr, Mehr. Wir müssen mit ihnen gemeinsam und ohne Tabus die Haushaltslage durchgehen und nicht länger denen, die davonlaufen, attestieren, sie seien gute Politiker.

Herrn Wowereit möchte ich sagen: Es sollte auch für Sie gelten, dass Berlin es sich nicht leisten kann, per Zeitungsinterview große Künstler aus der Stadt zu verjagen.

[Beifall bei den Grünen – Wowereit (SPD): Aha!]

Wir als Opposition stellen uns der Verantwortung, und wir stellen uns hinter die Berliner Kultur, weil wir ganz genau wissen, dass das, was in den großen und den kleinen Kultureinrichtungen Tag für Tag geboten wird, das ist, was diese Stadt interessant und lebenswert macht. Das wollen wir erhalten. Deswegen haben wir hier in der gesamten Haushaltsberatung, und wir machen es heute noch mal, konstruktive Vorschläge gemacht. Wir legen heute einen Antrag vor, um das endlich aufzuholen, was Sie in der großen Koalition in den letzten vier Jahren, was Radunski versäumt hat, und was dazu geführt hat, dass wir jetzt, wenn wir nicht handeln, wirklich mit sehenden Augen die Kultur dieser Stadt vor die Wand fahren.

(D) Unsere Vorschläge kurz benannt: Wir schlagen vor einen gemeinsamen **Kulturpersonalpool**, an dem sich die Einrichtungen nur noch zur Hälfte beteiligen. Das ausgelagerte Personal entlastet die Etats der Häuser und ist an anderer Stelle unter Aussparung teurer Aushilfen einsetzbar.

Viele Einrichtungen könnten sparen, wenn sie die Chance zu vorheriger Investition hätten. Hier wollen wir einen Bürgerschaftsfonds schaffen. Bauinvestitionen wie die bei der Volksbühne müssen sein. Denn wir wollen nicht eine Schließung auf schleichendem Wege, wo wir denn womöglich die Baupolizei ins Haus schicken und die dann sagt: Ende, aus! Das ist dann die Methode Metropol-Theater; das nicht mit uns.

[Beifall bei den Grünen – Wowereit (SPD): Ach was!]

Wir haben Vorschläge gemacht, damit die Mittel durch Umschichtung bereitgestellt werden können, genauso wie bei der Schaubühne, der man nicht erst eine neue künstlerische Aufgabe geben kann mit einem Tanz- und einem Theaterensemble, um dann zu sagen: kein Geld da. Das geht nicht.

Wir wollen den **Bund** auch stärker in die **Verantwortung** nehmen. Dabei wissen wir, dass die rot-grüne Bundesregierung schon mehr für die Berliner Kultur gemacht hat. Herr Landowsky, da hat Ihnen Ihr Redenschreiber etwas Falsches aufgeschrieben. Jetzt bekommen wir 100 Millionen DM, unter Kohl gab es 60 und keinen Pfennig mehr, um das noch einmal deutlich zu sagen.

[Beifall bei den Grünen]

Aber wir brauchen eine klar definierte Aufgabenteilung zwischen der Bundeskulturförderung und dem Land. Das bedeutet Schluss mit dem Gießkannenprinzip, wo Bundesfördermittel in den Haushaltslöchern verschwinden und klare Verantwortlichkeiten für überregionale repräsentative Kultureinrichtungen dann eben nicht übernommen werden. Wir wollen das aber gerne. Wir wollen, dass der Bund diese repräsentative Kultur übernimmt.

Frau Ströver

- (A) Wir wollen, dass der Bund die Staatsoper, das Deutsche Theater und das Konzerthaus als ehemalige preußische Kulturstätten mehrheitlich übernimmt und dafür auch die Verantwortung trägt. Dann bekommen wir auch die Abgrenzung hin, was laut Definition Hauptstadtkultur ist und was föderale Aufgabe bleiben soll.

Herr Wolf, aus meiner Sicht ist es fatal, dass Sie in einem inhaltlichen Bogenschlag zur CDU sagen, Gedenkstättenkultur sei Bundessache. Nein, es ist nicht zentrale staatliche Aufgabe. Es ist nicht aus der Geschichte gewachsen, die Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit zu zentralisieren. Das muss weiter in den Regionen vor Ort finanziert werden. Die Verantwortung muss vor Ort bleiben. Es geht nicht, dass wir das zentralistisch in die Hand des Bundes geben.

[Beifall bei den Grünen]

Ein Punkt, an dem sich Frau Thoben verhasst hat – sie war Senatorin für Wissenschaft und Kultur – war das Problem mit dem Personal der **Charité**. Wir erwarten von der Charité, dass sie sich am Personalmanagement des Landes beteiligt, indem sie Personal an den Gesamtüberhang im Krankenhausbereich abgibt.

Wir erwarten, dass der Hauptausschuss, der heute tagt, unsere konkreten Vorschläge als Not- und Sofortmaßnahmen noch in diesem Haushalt berücksichtigt. Herr Landowsky, wir können das nicht mehr verschieben. Die Lage ist so dramatisch, dass es im Haushalt 2001 zu spät ist. Wir müssen jetzt beginnen.

[Beifall bei den Grünen]

Nur so kann es uns gelingen, Kultur- und Wissenschaftsfinanzierung wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu bringen.

Wir brauchen einen **Runden Tisch für die Kultur**, an dem die Kultureinrichtungen ebenso sitzen wie die Gewerkschaften und der Deutsche Bühnenverein. Daran muss das Parlament und der Senat beteiligt werden. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass unter der Führung von Bürgermeister Diepgen eine dilettantische Regierung dieser Stadt zum Gespött der gesamten Republik wird und es uns nicht gelingt, eine repräsentative Persönlichkeit zu finden, die gewillt ist, den Kultursenat seriös zu führen. Wir werden niemanden finden, der ernsthaft bereit ist, Kultur- und Wissenschaftssenator zu werden, wenn Sie nicht gewillt sind, Strukturvorschläge zu unterstützen. Ich hoffe, dass Sie nicht mehr „Augen zu und durch“ machen, sondern bereit sind, jemand zu suchen, ihn zu unterstützen und nicht wie Frau Thoben gegen die Wand fahren lassen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Führer: Nun hat Herr Wowereit für die SPD-Fraktion das Wort. – Bitte sehr!

Wowereit (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Rede von Frau Ströver ist man fast noch beeindruckt und sprachlos, denn zu diesem Stakkato fällt einem wenig ein.

[Beifall bei den Grünen]

Herr Landowsky, ich muss Sie ein wenig korrigieren. Frau Ströver hat nicht mehr den Namen „Miss Marple der Kulturpolitik“, sondern neuerdings „Heilige Johanna der kleinen Theater“. Das hat sie sehr geärgert, weil sie gerne die „Heilige Johanna der großen Theater“ wäre. Aber nach dieser Rede passt Jeanne d'Arc besser zu ihr, und das soll so bleiben.

Herr Wolf, Sie haben überzeugend dargestellt, wie notwendig **Strukturreformen** speziell im Kulturbereich sind. Aber Sie hatten offensichtlich keine Rückkopplung mit Herrn Brauer, der uns im **Unterausschuss Theater** begleitet.

[Wolf (PDS): Laufend!]

– Dann haben Sie aber etwas nicht mitbekommen, oder er vertritt nicht mehr die Meinung Ihre Fraktion. – Herr Brauer hat in der Tradition von Herrn Klein etwas Beeindruckendes gemacht. Er hat die Intendanten gefragt: Wie viel Geld brauchen Sie zusätz-

- lich? Sie können mit 80 Millionen DM doch gar keine gute Oper machen. Sagen Sie uns doch, dass Sie 100 Millionen DM brauchen! Die PDS wird Sie Ihnen besorgen. – Das hat er nicht nur bei der Oper, sondern auch bei allen anderen so gemacht. Das sind Ihre Strukturreformen, Herr Wolf. (C)

[Beifall bei der SPD und der CDU]

So kann man es natürlich machen, aber das ist mit ein Grund dafür, weshalb die PDS im Abgeordnetenhaus nicht seriös ist. Einerseits werden Strukturreformen gepredigt, andererseits wird den Leuten alles versprochen.

[Beifall bei der SPD – Einzelner Beifall bei der CDU]

Das passt mit anderen in diesem Haus zusammen, die heute schon erwähnt wurden. Da geht die Glaubwürdigkeit verloren, Herr Wolf, obwohl Sie sich als Sprecher im Hauptausschuss bemühen, auch konstruktive Vorschläge zu machen. Wenn Sie Ihre Fraktionskollegen einbeziehen, reicht das aber nicht aus.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Ich komme zur Rücktritt der Senatorin. Nur bei der Rede von Frau Ströver ist kurz angeklingen, dass es sich um die Senatorin für Wissenschaft und Kultur handelte.

[Frau Merkel (SPD): Richtig!]

Es wird immer so getan, als sei sie lediglich die Kultursenatorin gewesen. Natürlich gibt es auch im Wissenschaftsbereich große Probleme. Diese haben sich nur nicht so stark artikuliert, aber auch dort sind Absenkungen vorgenommen worden, beispielsweise ist der Fonds der Grundstücksveräußerungen geplündert worden, aus dem Strukturmaßnahmen in den Häusern finanziert werden sollten. Das darf man bei der Debatte nicht vergessen.

Präsident Führer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brauer?

Wowereit (SPD): Bitte schön! (D)

Brauer (PDS): Herr Kollege, in welchem Bundesland haben Sie an den Veranstaltungen eines Unterausschusses Theater teilgenommen? Das war offensichtlich nicht in Berlin. Vielleicht stimmt aber auch etwas mit Ihrer Wahrnehmung nicht. Bitte sehen Sie in die Protokolle!

Wowereit (SPD): Ich habe dort nachgesehen. Dort findet sich nichts weiter von Ihnen, Herr Brauer.

[Heiterkeit bei der SPD und der CDU – Zurufe von der PDS]

Frau Ströver, Sie machen den Vorschlag, der Bereich Wissenschaft solle zu Gunsten der Kultur geplündert werden. Das ist unehrlich und kann nicht Ihr Ernst sein.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Sie stellen sich hier hin und sagen, es müssten dringend Vorschläge zur Sanierung der Volksbühne gemacht werden. Wir haben vorgeschlagen – das tut mir für meinen Parteifreund Strieder Leid –, die Investitionen für die Volksbühne in Höhe von 8,5 Millionen DM aus der Bauverwaltung zu nehmen statt aus dem Wissenschaftsbereich. Hinzu kommen 500 000 DM für das Maxim-Gorki-Theater.

[Sen Strieder: Das machen wir gerne!]

Das Geld muss dort weggenommen werden, wo es vertretbar ist. Das ist der konstruktive Vorschlag der SPD. Wir werden das in den Haushaltsberatungen so umsetzen. Dazu brauchen Sie keinen Antrag zu stellen.

[Beifall bei der SPD]

Ich bedauere den **Rücktritt der Senatorin** außerordentlich. Wir haben sie alle nicht aus der aktiven Politik in Berlin gekannt. Jeder hat gewusst, dass sie keine ausgewiesene Fachfrau für Wissenschaft und Kultur ist. Es ist immer die Frage – auch bei

Wowereit

- (A) der Auswahlentscheidung, die der Regierende Bürgermeister nun vor sich hat –, wen man für ein Senatsressort sucht. Muss es jemand sein, der im Feuilleton eloquent parlieren kann und dafür im politischen Bereich nichts umsetzt, oder jemand, der im politischen Bereich und gegenüber den Häusern Durchsetzungskraft hat? Wir alle haben gedacht, Frau Thoben sei eine akzeptable Kandidatin. Sie hat viele Vorschusslorbeeren erhalten. Man kann auch persönliches Verständnis für einen solchen Schritt haben. Ich finde es ehrenwert, wenn jemand sagt, es sei mit ihm nicht mehr zu machen und bestimmte eigene Grundsätze seien nicht mehr zu verwirklichen, und daraus die Konsequenzen zieht. Das machen zu wenige Politikerinnen und Politiker. Deshalb habe ich vor dieser Haltung Respekt.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Aber ich bin auch enttäuscht über diese Haltung, da ich gedacht habe, dass diese Politikerin das Format hat, sich gegen Berliner Usancen durchzusetzen, die Dinge beim Namen zu nennen und auch unpopuläre Strukturformen durchzusetzen.

[Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne)]

Das war meine Hoffnung, die allerdings enttäuscht wurde. Weder im Senat noch in den Ausschüssen habe ich diese Durchsetzungskraft verspürt.

Es spielt – wie immer – auch eine gewisse Heuchelei mit. Im Feuilleton der letzten drei Monate ist die Senatorin nicht gerade als die Königin unter den Zwergen dargestellt worden. Die Tendenzen gingen vielmehr in eine andere Richtung. Kaum war sie zurückgetreten, da wurde sie hochgepuscht und war die Beste, die es jemals gab. Alles, was vorher war, ist vergessen. Diesen Umstand darf man nicht vergessen, besonders die Opposition nicht. Für die ist nur der Senator der großen Koalition gut, der zurücktritt.

[Cramer (Grüne): Sagen sie doch mal was zu Landowsky!]

- (B) Das ist das alte Lied. Die Situation wird dadurch aber nicht besser. Die Opposition hätte es gerne, wenn die große Koalition oder der Senat durch den Rücktritt in eine Krise gerieten. Es gibt aber keine Senatskrise und auch keine bei der großen Koalition.

[Frau Künast (Grüne): Das ist eine chronische Erkrankung!]

Es ist das Problem des Koalitionspartners CDU, einen geeigneten Nachfolger zu präsentieren. Wir hoffen, dass jemand ausgewählt wird, der in der Lage ist, die großen Probleme zu bewältigen. Dass es schwierige Probleme in der Stadt gibt und dass es keine Senatorenämter gibt, mit denen man sich einen schönen Tag machen kann, etwas eröffnet und nur Gutes tut, ist seit langem bekannt. Es gibt kein Ressort, das einfach zu führen ist, wo man nicht strukturell arbeiten muss und wo man keine Schwierigkeiten hat. Das ist die Anforderung an jedes Senatsmitglied, aber auch an das Parlament. Auch wir haben es nicht mehr so leicht in den Bürgerversammlungen, den Menschen in dieser Stadt zu sagen, dass bei den finanziellen Verhältnissen nicht mehr alles so weiter geht, sondern dass wir strukturell etwas ändern müssen. Wir müssen auch mal sagen, ein Projekt kann nicht mehr weitergeführt werden. Das macht keinen Spaß und ist keine Frage von Opposition oder Koalition, sondern eine Frage von Notwendigkeit der Zukunftsgestaltung in dieser Stadt.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Wer glaubt, dass er 2 Milliarden DM, wie wir alle beschlossen haben, in dieser Legislaturperiode absenken kann, ohne dass es jemand in dieser Stadt merkt? Wer glaubt denn, dass in einem Senatsressort, egal wie es heißt, keine Strukturmaßnahmen durchgeführt werden müssen? Das, was Herr Böger gemacht hat, hat er nicht getan, um jemanden zu ärgern. Es ist kein Vergnügen, 40 000 Menschen in dieser Stadt auf der Straße zu haben, die gegen den Senat und einen einzelnen Senator demonstrieren. Trotzdem war es notwendig, und Strukturformen müssen im Interesse der Sache durchgeführt werden, auch wenn es unangenehm ist.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

(C) Auf der anderen Seite macht die Diskussion im Unterausschuss Theater und über den unterfinanzierten – oder vielleicht auch nicht unterfinanzierten – Kulturbereich deutlich, dass das Aussitzen von Problemen nichts hilft.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Sich nur dadurch zu retten – das sage ich auch an meinen hochgeschätzten Kollegen Radunski –, einfach **Bemühenszusagen** zu geben, hilft auch nicht. Dabei muss ich sagen, dass diese Bemühenszusagen durch den Senat gegangen sind,

[Frau Künast (Grüne): Wer sitzt denn da?]

denn es waren immer Briefe, die an dem Intendantenvertrag hingen. Dieses System hilft nicht weiter, sondern führt zur Enttäuschung von Intendanten. Ich habe großes Verständnis, wenn der Selbstdarsteller Peymann auch gestern wieder im Fernsehen sagt, ich habe die Zusage für 26,5 Millionen DM bekommen, und es ist für mich kein Problem, ich komme damit aus. Aber er sagt natürlich, er will sie auch haben. Leider hat das Parlament aber nur 21 Millionen DM bewilligt, und zwar über 4 Jahre. Den Rest hat ihm der ehemalige Senator Radunski versprochen, und das fordert Peymann jetzt ein. Das fordert er nicht mehr von Radunski, sondern von uns, dem Parlament ein, weil weder der neue Senator oder die neue Senatorin es geben können, sondern wir müssen es geben, und dann müssen wir auch sagen, woher es kommt.

[Frau Künast (Grüne): Das ist doch eine Rede über das SPD-Versagen!]

Kultur in der Krise oder nicht in der Krise? – Wir lesen Gott sei Dank, dass die Häuser im Theaterbereich steigende Besucherzahlen haben. Das ist auch gut so. Es ist neu, was am Berliner Ensemble passiert. Da war in den letzten Jahren eine Agonie. Wir freuen uns darüber, dass dort neuer Wind hinein gekommen ist und die Menschen mittlerweile Schlange stehen, um Karten zu bekommen. Das, was Ostermeier und seine Truppe an der Schaubühne machen, ist innovatives Theater. Man kann zu der einzelnen Aufführung stehen, wie man will, aber die Leute gehen hin, und es ist gut so, dass dieses Kulturangebot in der Stadt angenommen wird.

Berlin muss einen Schwerpunkt seiner Politik in den Kulturbereich legen. Das ist selbstverständlich. Wir sind eine Metropole, wir haben die blühendste Kulturlandschaft in dieser Republik, und diese muss gehegt und gepflegt werden. Dazu gibt es keine Alternative.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Kultur darf und muss auch **Geld** kosten, das ist selbstverständlich. Ich will, dass sich Menschen in dieser Stadt ein **Eintrittsbillet** leisten können. Es muss nicht so wie in Paris sein, dass ich 250 DM für eine schlechte Karte bezahlen muss. Ich möchte auch, dass ein Student und jemand, der ein geringes Einkommen hat, sich erlauben kann, wenn er Opernfreund ist, in die Oper zu gehen. Deshalb sind da auch Grenzen gesetzt, und das bedeutet eine staatliche Finanzierung.

Einerseits stellen wir fest, dass einige Häuser kein Geld haben, andererseits sehen wir, dass doch viel Geld da ist. Wir müssen nur auf den Martin-Gropius-Bau sehen. Da wird demnächst eine Ausstellung eröffnet, die „Über den sieben Hügeln“ heißt. Sie kostet 29 Millionen DM an Zuschuss, die die Lotto-Stiftung gibt – 29 Millionen DM für eine Ausstellung!

[Frau Ströver (Grüne): Ja, für vier Monate!]

Ich denke, das ist fast unglaublich. Als ich es neulich wieder gelesen habe, dachte ich, es kann nicht wahr sein – 29 Millionen DM für eine Ausstellung. So ganz arm kann diese Kulturlandschaft in Berlin nicht sein, wenn wir uns das leisten können. Da müssen wir auch mal sehen, dass dort Mittel aufgewendet werden, die im normalen Kulturretat nicht auftauchen.

[Cramer (Grüne): Setzen Sie sich doch mal mit Landowsky darüber auseinander!]

Wowereit

- (A) – Das werden Sie schon sehen, wie wir uns auseinandersetzen, aber im konstruktiven Sinne, nicht so, wie Sie das gern hätten!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

– Lieber Herr Cramer, ich habe ja manchmal Schwierigkeiten mit den Reden von Herrn Landowsky in diesem Hause gehabt. Heute konnte ich bei jeder Passage klatschen.

[Beifall bei der CDU –
Ah! bei der PDS und den Grünen]

Das tut uns Leid, dass Sie es gern immer im Streit hätten, aber das werden Sie so schnell bei uns jetzt nicht erleben.

[Wieland (Grüne): Dafür können Sie Barenboim wegbeißen!]

– Ach ja, mein lieber Herr Wieland, Sie müssen offensichtlich ein Barenboim-Syndrom haben. Dann darf ich Ihnen mal etwas dazu sagen, wie das zu interpretieren ist. Auf die Frage, ob man der Staatsoper 10 Millionen DM mehr geben kann, habe ich gesagt, das sehe ich bei der Haushaltslage nicht, und selbst, wenn wir 10 Millionen DM hätten, würde ich es eher für dezentrale Kulturarbeit, für neue Projekte, für Initiativen ausgeben, als es in die Staatsoper zu stecken.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Das war bislang auch die Position der Grünen.

[Wieland (Grüne): Darum geht es nicht!]

Dann fragte mich jemand: Dann riskieren Sie, dass Herr Barenboim weggeht? – Da habe ich gesagt: Dann muss ich das riskieren.

[Wieland (Grüne): Nein: Dann soll er gehen!]

Dazu stehe ich auch. Das hat nichts damit zu tun, lieber Herr Wieland, dass ich als Fraktionsvorsitzender noch etwas lernen muss, sondern es ist meine tiefste Überzeugung. Ich möchte, dass Herr Barenboim in der Stadt bleibt und die Staatsoper weiterhin zum Erfolg führt. Aber ich sage eines, und das ist eine Grundbedingung: Peymann hat es gestern anders gesehen und gesagt, 90 Millionen DM, was ist das? Ich mache Kultur. Da gibt es so ein paar Heinis im Abgeordnetenhaus, die machen Politik. Kultur bestimmt selbst, was es kosten darf und wieviel sie ausgeben darf. – Dieses System kann in einer Demokratie nicht klappen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wir mischen uns nicht in die künstlerische Freiheit der Häuser ein. Was sie inhaltlich auf die Bühne bringen, ist Sache der Künstler, da hat Politik nichts zu sagen. Wie die Häuser sich selbst verwalten, da will ich auch nicht mitreden. Ob Herr Castorf 15 DM als durchschnittlichen Eintrittspreis nimmt oder am Deutschen Theater 50 DM genommen werden, das sollen die Häuser selbst entscheiden. Ob ich einem Dirigenten 1 Million DM bezahle wie in Berlin oder wie in München 2 Millionen DM, das ist für mich keine Diskussion, dass soll kulturpolitisch oder kulturell in den Häusern entschieden werden. Aber eines können wir alle miteinander uns nicht gefallen lassen: dass außerhalb des Parlaments, des Gesetzgebers, des Haushalts einzelne Institutionen selbst bestimmen, wie sie ihre Etats überziehen dürfen.

[Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Das kann nicht hingenommen werden. Das gilt für soziale wie für kulturelle Einrichtungen. Das wird zunehmend im Fall der Budgetierung und der Kosten-Leistungsrechnung für alle Bereiche ein ganz großes Problem für dieses Haus werden. Wir werden Haushaltsberatungen anders machen müssen. Wir müssen den Häusern den Freiraum geben, auch durch Rechtsformänderungen. Ich habe nichts dagegen, wenn wir sagen, eine Rechtsformänderung hilft etwas. Ich glaube noch nicht mal, dass es etwas helfen wird, aber da bin ich ganz offen. Aber das bedeutet auch, dass wir Kontrollmechanismen brauchen, wo wir nicht über

jedes Detail reden, aber über die Gesamtheit der Ausgaben. (C) Dieses Kontrollrecht kann nur das Parlament ausüben. Deshalb sollten wir bei allen Widerständen und Gegensätzen, die wir hier haben, vorsichtig sein, dass wir das nicht in Frage stellen. Wir haben die Gesamtverantwortung für diese Stadt, und das muss, so bitter es auch für den einzelnen Künstler sein mag, auch für die Kultur gelten. Das sage ich als jemand, der in meiner Fraktion eher dafür verschrien ist, den Kulturretat abzuschotten.

[Beifall des Abg. Wieland (SPD)]

Wir haben nicht darüber diskutiert, etwas zu streichen. Wir diskutieren mit den Häusern darüber, dass sie nach 20 Millionen DM mehr, die in diesem Jahr hineingegeben wurden, mit den Ansätzen auskommen müssen. Es ist eine ganz andere Diskussion, die wir in allen anderen Bereichen antreffen; da diskutieren wir über 100 000 DM Schülereintrittskarten, die gestrichen werden sollen, weil wir das Geld nicht haben. Auf der anderen Seite sollen wir dann akzeptieren, dass ein großes Haus, das mit den eigenen Einnahmen 100 Millionen DM zur Verfügung hat, einfach sagt, wir geben 8 oder 9 Millionen DM mehr aus. Da stimmt die Relation nicht mehr. Darum geht es mir und nicht darum, einen Künstler in seiner Freiheit zu beeinträchtigen.

Zur **Hauptstadtkulturförderung**: Der Kollege Landowsky hat es jetzt leicht, weil es eine SPD-Grüne-geführte Bundesregierung ist, auf den Bund zu schimpfen. Aber ich sage auch als Sozialdemokrat – und das haben wir auch bei einer CDU-Bundesregierung gesagt –, die 100 Millionen DM Hauptstadtkulturfördermittel sind für Berlin nicht genug. Bonn hat 130 Millionen DM bekommen, und es wäre angemessen, wenn Berlin 150 Millionen DM für die großen Aufgaben bekäme, die diese Stadt zu leisten hat.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich habe mich auch geärgert, auch in einer Diskussion beim Deutschen Theater mit Herrn Nevermann, dass der Bund so tut, als ob er bei den 100 Millionen DM auch einmal sagen kann, er bestimmt über alles mit in dieser Stadt. Das ist nicht akzeptabel. (D) Auf der anderen Seite ist der Streit auch nicht akzeptabel. Es ist doch ein Leichtes, die wenigen Millionen dort zu verteilen. Da gibt es keinen Ideologiestreit. Selbstverständlich ist das Jüdische Museum eine Einrichtung nationaler Bedeutung. Die soll der Bund übernehmen. Da geben wir auch gar nichts ab. Da tun wir uns auch im Sinne der Kulturhoheit der Länder überhaupt gar nichts an. Selbstverständlich sind die Vorschläge, die Herr Wolf gemacht hat, dort vernünftig – aus meiner Sicht – und zu überprüfen, die Gedenkstätten beispielsweise dort mit hineinzugeben. Das Schlimmste ist, wenn wir in der Stadt eine Situation haben, wo uns die Institutionen ausspielen können, auf der einen Seite Bund, auf der anderen Seite Berlin, und immer ein Dauerstreit entsteht.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Hier müssen klare Verhältnisse her, und das kann man auch nachweisen. Dann wäre das auch vernünftig.

Wir haben zur Lösung der Probleme Vorschläge gemacht. Deshalb sind Ihre Vorschläge, Frau Ströver, die Sie hier gebracht haben, gar nichts Neues. Der Unterausschuss Theater hat schon beschlossen:

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur legt bis zum 30. Juni 2000 einen Bericht über die Einleitung struktureller Maßnahmen vor, wobei die Einrichtung eines Stellenpools und eines Abfindungsfonds, die Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen und Werkstätten, andere Kooperationsmöglichkeiten und Ausgliederung sowie Änderung der Rechtsform und tarifvertraglicher Regelungen zu prüfen sind.

[Zurufe von den Grünen]

Das haben wir schon längst beschlossen. Und das ist auch der richtige Weg. Wir brauchen diese Strukturveränderung.

[Frau Künast (Grüne): Es geht darum, etwas zu tun und nicht einen Beschluss zu fassen, der wieder nicht realisiert wird!]

Wowereit

- (A) Es wird die erste Aufgabe des neuen Kultur- und Wissenschafts-senators sein, dieses anzugehen, denn ohne Verwaltung, ohne Umsetzung der Administration werden wir dies nicht schaffen. Da müssen wir alle mittun. Da muss auch dieses Haus, wenn ein Senator, eine Senatorin den Mut hat, etwas auszusprechen – – Kein Mensch traut sich, jeder guckt auf den anderen: Wer verliert die Nerven und sagt einmal das Wort „betriebsbedingte Kündigung“. – Ich werde es auch nicht sagen.

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Aber wir wissen alle, das können wir bei jeder Strukturmaßnahme machen, aber irgendwann müssen wir uns einmal trauen, aber alle zusammen trauen. Und dann möchte ich sehen, wie die Opposition, die vollmundig hier erklärt hat, sie sei für Strukturreform, dann bei der Umsetzung mitwirken wird. Da bin ich sehr gespannt. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Führer: Zur Kurzintervention hat der Abgeordnete Brauer von der Fraktion der PDS das Wort!

Brauer (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Sachen nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Im Unterausschuss Theater habe ich, übrigens in Abstimmung mit meiner Fraktion, Herr Kollege Wowereit, Folgendes dargestellt:

1. Der Senat hat seine Verantwortung gegenüber den Häusern hinsichtlich der Tarifierhöhungen wahrzunehmen. Hier sind die größten Defizite aufgelaufen. Im Theaterfinanzierungskonzept wurde eben dieser Ausgleich den Theatern zugesichert. Nichts anderes habe ich eingefordert.
2. Ich habe verlangt, dass zumindest der dringendste Sanierungsbedarf der Häuser abzudecken ist, und nichts anderes.
- (B) 3. Ich habe verlangt, dass der Senat einmal gegebene Zusagen einzuhalten hat. Inzwischen werden mündliche Zusagen nicht mehr eingehalten, und inzwischen werden auch unterschriebene Verträge unterlaufen.
4. Ich habe mich dagegen verwahrt, nachdrücklich verwahrt, dass auch verantwortungsbewusst arbeitende Intendanten oder auch Chefdirigenten, Herr Wowereit, abgekanzelt werden wie kleine Schuljungen, die zufällig beim Abschreiben erwischt werden. Auch ein SPD-Fraktionsvorsitzender hat nicht das Recht, permanent Unwahrheiten in die Welt zu setzen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Nun hat der Regierende Bürgermeister in der Debatte das Wort!

Diepgen, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlass – vielleicht für die Opposition nicht die wirkliche Begründung – für diese Aktuelle Stunde ist der Rücktritt der Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Richtig ist, ein Rücktritt wenige Wochen nach Amtsantritt, wenige Wochen nach Neuwahl eines Senats ist ein ungewöhnlicher Vorgang.

[Wieland (Grüne): Selbst in einem Senat, den Sie führen!]

Dieser ungewöhnliche Vorgang beinhaltet nicht gleichzeitig eine Krise für den Senat oder die Regierung in diesem Land. Ich selbst bedauere den Rücktritt von Frau Thoben. Wir werden – da spreche ich für die gesamte Koalition – zügig uns darum bemühen, die Nachfolgefrage zu klären.

[Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne)]

Ich bin sehr dankbar und habe mit großem Interesse Ihre Ratsschläge dazu hier zur Kenntnis genommen.

[Ha, ha! von den Grünen]

Bei einer solchen Debatte gibt es immer die Gefahr, dass sofort in Schwarzmalerei verfallen wird. Schwarzmalerei ist aber genauso fehl am Platze wie Schönfärberei.

[Zuruf von links: Es ist schwarz!]

Der goldene Weg zwischen Optimismus und Pessimismus ist noch immer die konkrete Darstellung der Realität.

[Wolf (PDS): So, so!]

Jedermann weiß, dass die **Finanzsituation des Landes Berlin** nicht geprägt ist von goldenen Zeiten. Jedermann weiß, dass wir übrigens nicht nur im Kulturerat, nicht nur im Wissenschaftsetat, sondern auch in anderen Bereichen erhebliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Ich halte hier fest, dass Senat und Abgeordnetenhaus in den letzten zehn Jahren gemeinsam – jedenfalls in großer Mehrheit – versucht haben, die innere Einheit sozial und gerecht zu verwirklichen und die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch Verbesserung der Haushaltssituation des Landes zu schaffen. Es ist in großer Einmütigkeit eine Fülle von Entscheidungen getroffen worden. Ich erinnere dabei gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion an die Erhaltung der wissenschaftlichen, kulturellen, aber auch sportlichen Einrichtungen in beiden Teilen der Stadt. Ich erinnere an die weitgehende Übernahme der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den östlichen Bezirken der Stadt, was wir alle aus vielen Gründen – gerade aus Gründen der Entwicklung, des sozialen Friedens und des Zusammenwachsens dieser Stadt – wollten. Ich erinnere auch daran, dass wir uns doch wohl alle darüber im Klaren waren, dass es bei einer Tarifangleichung innerhalb der Stadt zusätzliche Haushaltsprobleme gibt. Aber wir haben es gemeinsam gewollt, weil es eine Verpflichtung in dieser Werkstatt des deutschen Einigungsprozesses gibt, gerade auf diesen Feldern einen Schritt voranzugehen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Deswegen bin ich schon etwas erstaunt, in welcher Form der eine oder andere jetzt versucht, sich aus der Verantwortung zu ziehen, immer mit dem Hinweis, man hätte doch schon längst dieses und jenes tun müssen.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Ich sehe das zwar nicht mit Freude, aber doch mit der Kenntnis desjenigen, der ein Stückchen politische Entwicklung verfolgt hat. Im Augenblick haben wir es mit den typischen Reflexen nach dem Rücktritt eines Senatsmitglieds zu tun, ganz typische Reflexe!

[Zuruf von den Grünen: Auch bei Ihnen!]

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass übrigens auch der Ruf von jeweils Zurückgetretenen

[Mutlu (Grüne): Das war eine Ohrfeige!]

dadurch bestimmt ist, dass die Realität im Regelfall zwischen Ruf und Nachruf liegt. Das kann man auch jetzt überall nachlesen.

Der zweite typische Reflex: Man setzt sich natürlich nach Möglichkeit nicht mit demjenigen auseinander, der gerade zurückgetreten ist, sondern man sucht sich ein anderes Angriffsobjekt. Und dann gibt es einen ganz bemerkenswerten Punkt, den ich übrigens mit Freude zur Kenntnis nehme. Im Regelfall wird immer gesagt: Der Regierende Bürgermeister kümmert sich um zu viel Einzelheiten. – Jetzt lese ich in den Zeitungen überall, dass er für alle Dinge unmittelbar die Zuständigkeit hat. Ich will das Parlament dann doch ausdrücklich bitten – meinetwegen, vielleicht ist das sinnvoll –: Ziehen Sie doch auch verfassungsmäßig eine Reihe von Schlussfolgerungen, so dass der Regierende Bürgermeister dann auch von der Rechtslage her die Richtlinienkompetenz hat,

[Beifall bei der CDU]

und sich in alle Einzelheiten – obwohl ich das gar nicht will – der Theaterfinanzierung oder der Theaterorganisation einmischen kann. – Man staunt schon manchmal darüber, wie immer wieder versucht wird, vor allen Dingen das Unpopuläre zur Chefsache in der Stadt zu machen.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

RBm Dieppen

- (A) Dann amüsiert mich auch die gegenwärtige Tendenz, dass möglichst alle Erfolge privatisiert und die Schwierigkeiten sozialisiert werden – auch ein Reflex, den man hier mit großem Interesse feststellen kann.

Im Hinblick auf einige Diskussionen und Fragestellungen auch der Opposition möchte ich von den Vertretern der PDS ganz konkret wissen – sowohl die PDS-Fraktion als auch die Grünen und auch Teile der Koalition haben sich dabei etwas vorsichtig ausgedrückt –, ob Sie der Auffassung sind, dass wir **betriebsbedingte Kündigungen** gegenüber Mitarbeitern der **Charité** aussprechen sollen oder nicht.

[Wolf (PDS): Nein!]

Ich bleibe bei meiner Position, dass dies erstens juristisch überhaupt nichts bringt. Zweitens ist es sozial nicht vernünftig. Drittens führt das dazu, dass gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ostteil der Stadt wegen ihrer anderen vertraglichen Bindung in besondere Schwierigkeiten kommen. Deswegen dürfen Sie es sich nicht so einfach machen, sich hinstellen und sagen, auf dem Sektor müsse endlich dieses oder jenes gemacht werden.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von links]

Ich stehe dabei zu meinem Wort. Auch wenn ein Wahltermin dazwischen gewesen ist, ändere ich nicht die politische Aussage den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst gegenüber. Das halte ich für eine Frage der Glaubwürdigkeit in der Politik.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von links – Abg. Wolf (PDS) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Präsident Führer: Herr Regierender Bürgermeister! Gestatten Sie Zwischenfragen?

Dieppen, Regierender Bürgermeister: Nein!

- (B) Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass Senat und Abgeordnetenhaus gemeinsame Verantwortung auch für den Kultur- und den Wissenschaftsbereich durch ihre Entscheidungen – übrigens auch gerade die aktuellen im Hauptausschuss – tragen und getragen haben. Es ist ohne Zweifel eine gewaltige Herausforderung, die wir zu bestehen haben. Berlin fühlt sich hier ziemlich auf sich selbst gestellt. Wir haben zwei Teilstädte, die jahrzehntelang als Hauptstädte der beiden Teilstaaten in Deutschland eine besondere finanzielle Ausstattung hatten. Die Wiedervereinigung dort hat dazu geführt, dass die Stadt und das Land Berlin wesentlich auf sich allein gestellt sind. Jedermann weiß vor dem Hintergrund der früheren Finanzierungsform aus dem Überleitungsgesetz – jetzt bleibe ich einmal nur beim Westteil der Stadt –, dass wir damals gerade wegen der Finanzierung in Wissenschaft und Kultur eine erhebliche Ausstattung aus dem Bereich der Berlinhilfe hatten. Das ist weitgehend weg. Hier ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass mit einem Betrag von 100 Millionen DM nun wirklich nicht die gesamte Kulturszene finanziert werden kann. Ich weise auch darauf hin, dass es gewisse geschichtliche Zusammenhänge gibt, die man jetzt einfach in der Debatte zur Kenntnis nehmen muss. Früher fühlte sich der finanzkräftigere preußische Staat für seine Hauptstadt verantwortlich. In gewisser Weise leidet der Kulturetat heute unter seinem preußischen Erbe.

[Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Aber denken wir an die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, das ist doch ein schönes Erbe, unter dem wir hier leiden. Das ist eine schöne und auch notwendige Last, die wir auch tragen wollen und auch insgesamt für die Entwicklung der Stadt nutzen wollen.

Ich halte hier ausdrücklich fest: Auch heute wird ohne eine bundesweite Solidarität der deutschen Nation das kulturelle und das wissenschaftliche Erbe der Stadt nicht zu bewahren und nicht zu entwickeln sein.

Aber ich frage mich, auch bei der Debatte, die jetzt eben von der Opposition geführt worden ist: Was machen wir eigentlich in Berlin? In allen Punkten reden wir uns richtig klein.

[Bm Böger: So ist es!]

(C) Wir reden alle Erfolge und alle Entwicklungsmöglichkeiten schlicht und ergreifend weg. Der **Kulturetat in Berlin** ist in den letzten Jahren überproportional **gewachsen** und ist nach wie vor größer als in Paris oder New York. Um nur zu jammern, besteht wahrlich keine Veranlassung.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von links]

Auch dieses will ich Ihnen in das Stammbuch schreiben: Der Kulturetat – –

[Hoff (PDS): Was ist mit dem Wissenschaftsetat?]

– Ich rede jetzt ausschließlich über den Kulturetat, weil das Ihre Debatte war. Wir können gerne uns dann auch noch über Wissenschaftsfinanzierung unterhalten. – In dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 gab es eine Steigerung im Kulturetat um 8 %.

[Frau Ströver (Grüne): Durch die Bundesmittel!]

Ich lege Wert darauf, dies hier noch einmal öffentlich festzustellen. Wenn Sie es in konkreten Zahlen nehmen, von 862 Millionen DM auf 929 Millionen DM. Das sind die tatsächlichen Beträge. Es gibt hier aus meiner Sicht ganz offensichtlich ein Missverhältnis zwischen objektiven Bedingungen und der öffentlichen Wahrnehmung.

Wir wissen alle – hier sind ja eine Reihe von Vorschlägen noch einmal wiederholt –, dass wir vor dem Hintergrund der Personalfragen, der Personalkosten, der Rechtsform der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen einzelnen Einrichtungen zu Rechtsformänderungen kommen sollen, strukturelle Veränderungen anpacken müssen. Das, was in den Anträgen der Opposition hier vorgelegt worden ist, sind – Verzeihung! – im Regelfall alte Kamellen,

[Wolf (PDS): Aber nichts passiert!]

und man ist dabei, das schrittweise jeweils umzusetzen.

[Doering (PDS): Wann denn?]

(D) Ich möchte Ihnen noch eines mit auf den Weg geben, weil Sie im Hinblick auf die Zuordnung zum Bund hier Anmerkungen gemacht haben: Es ist inzwischen 4 oder 5 Jahre her, da ging die Debatte um die Finanzierung der Mahnmale in der Stadt. Damals habe ich gesagt, wir müssen sicherstellen, dass beispielsweise Topographie des Terrors und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand möglichst insgesamt vom Bund finanziert werden sollten. Sie waren es, die das heftig kritisiert haben.

[Frau Birghan (CDU): Richtig – genau so war es!]

Gucken Sie in den Protokollen nach! Ich bin sehr dankbar, dass Sie diesen Standpunkt heute inzwischen übernommen haben und insofern auf dem richtigen Weg sind, auf dem Weg der Tugend.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Ich möchte im Hinblick auf den Kulturetat dem öffentlichen Eindruck entgegenwirken, der in Deutschland und insbesondere im Ausland entstehen könnte, es lohne sich insgesamt nicht mehr, nach Berlin zu kommen, weil die Kulturszene hier kaputt gespart würde. Ich halte für den Zeitraum der letzten 10 Jahre fest, dass darin die Herrichtung des Hamburger Bahnhofs lag, des Stülerbaus für die Sammlung Berggruen, der Bau des Jüdischen Museums, die Konzeption Topographie des Terrors – über die wir uns in der Tat noch über die Ausfinanzierung zu unterhalten haben. Dazu gehört auch die zweite Ausbaustufe des Deutschen Technikmuseums, die Entscheidung über die Berlinische Galerie am Kreuzberg, der Wiederaufbau der Museumsinsel.

Die Entscheidung darüber, dass die EFRE-Mittel dafür in Anspruch genommen werden, die ist nicht erst am Dienstag getroffen worden, sondern vor 14 Tagen und ist übrigens Frau Thoben auch ausdrücklich so in einem gemeinsamen Gespräch vom Finanzsenator, vom Wirtschaftssenator und von mir mitgeteilt worden. Ich sage das nur, damit es keine Geschichten gibt, die immer weiter in der Stadt verbreitet werden.

[Zurufe von links]

RBm Diepgen

- (A) Wer meint, auf dem Kultursektor sei nichts geschehen und wir würden insgesamt den Abbau der Kulturszene in dieser Stadt betreiben, der irrt, der hat entweder überhaupt keine Ahnung oder der berichtet wider besseren Wissens falsch.

Wir wissen doch, dass im Hinblick auf die Theaterlandschaft und beispielsweise die Opernhäuser besondere Fragestellungen vorhanden sind: wie Komische Oper und Staatsoper in der Zukunft zusammenarbeiten, welche Form der Zusammenarbeit es zwischen den sonstigen Musiktheatern gibt, also Theater des Westens und im Bereich der leichten Muse der Friedrichstadtpalast, wie ein organisierbarer Abfindungsfonds geschaffen werden kann. Das sind alles Fragen, die nicht im Etat im Einzelnen ausgewiesen werden, sondern Fragen der Haushaltswirtschaft. Das alles steht an.

Auch zu den Reflexen der gegenwärtigen Zeit gehört, dass die Intendanten im Sinne der Selbstdarstellung sehr viel kräftiger und professioneller sind als viele andere.

Es gibt einige Intendanten – Herr Peymann ist heute genannt worden, dass wissen wir nun –, seien sie aus Wien oder aus Stuttgart, es gibt einige Regisseure, einige Künstler, die begreifen sich und ihre gesamte künstlerische Motivation in der Abgrenzung und in der Abrechnung gegenüber Dritten. – Das ist eine höfliche Formulierung von mir. – Das darf aber nicht dazu führen, dass die nun glauben, stets mit vollen Kassen rechnen zu können. Ich will allen Intendanten in Berlin eines ausdrücklich auf den Weg geben – und das ist kein Eingriff in die Freiheit der künstlerischen Betätigung: Ich träume davon, ich möchte gerne über möglichst viele gute Inszenierungen die Debatte in der Berliner Kulturpolitik haben und nicht darüber, ob sie denn eine künstlerische Leistung nicht erbringen können, weil sie eine Million DM weniger oder eine Million mehr haben.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

- (B) Von der **Finanzausstattung** allein hängt nun wirklich **künstlerische Qualität** nicht ab! Diese Feststellung muss ich hier mit aller Deutlichkeit treffen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Das alles deutet darauf hin, dass die Situation beherrschbar ist, auch mit den vorhandenen finanziellen und personellen Mitteln. Natürlich, wenn Sie bei den bevorstehenden Abschlussberatungen im Hauptausschuss Deckungsvorschläge machen, dann wird der Senat das alles mit großem Interesse verfolgen. Momentan haben wir beim Haushalt die Stunde des Parlaments und nicht der einzelnen Vorlagen des Senats.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Aber ich gehe von der Gesamtverantwortung aus, weil es nicht nur ein Thema Kulturfinanzierung gibt, sondern die Finanzierung auch bei den Schulen, in einigen Feldern der Sozialpolitik, in der inneren Sicherheit ein Thema ist, dass wir einen ausgewogenen Haushalt vorlegen müssen und dass die Eckdaten sich dort nicht mehr verändern. Jedenfalls erwarte ich für das Jahr 2000 nichts anderes, und die Entscheidung für das Jahr 2001 werden wir in Kürze treffen. Das ist die Ausgangsposition für jeden, der exekutive Verantwortung in Berlin in der Zukunft wahrnimmt.

Noch einmal zur Kollegin Thoben. Ich habe schon darauf hingewiesen: Ich bedaure ihren Rücktritt. Ich halte auch fest, dass in ihrer kurzen Amtszeit durch die Art, wie sie ihr Amt angepackt hat, und auch durch die Erwartungen, die gerade durch ihr spezielles Profil in Hinblick auf wirtschaftliche Verhaltensweisen und dergleichen in sie gesetzt worden sind, Bewegung in Kultur- und Wissenschaftspolitik gekommen ist. Ich sage hier auch: Ich danke ihr für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Der Antritt hat ebenso viel Bewegung gebracht wie ihr Abtritt. Dabei will ich vor allen Dingen zwei Punkte nennen.

Erstens: Wir werden den eingeschlagenen Weg der Reform und der Privatisierung und der **Stärkung von Eigenverantwortung und Selbständigkeit** konsequent weitergehen. Als der Berliner Senat 1993 die staatlichen Schaubühnen schließen musste, begann – ich erinnere daran! – nach einem heilsamen Schock, eine neue Diskussion, in der nicht selten Regisseure

und Intendanten selbstkritisch über die Struktur des Theaters und seine Kosten nachdachten. Intendanten, die kurz zuvor noch zusätzliche Millionen gefordert hatten, wollten auf einmal, um den Zusammenbruch ihres Hauses abzuwenden, Mittel in Millionenhöhe aus dem eigenen Haushalt zur Verfügung stellen. Ich erinnere nur daran, dass das „verbeamtete und vergewerkschaftete Theater“ – das war August Everding – grundsätzlich in Frage gestellt wurden. Coram publico wurden horrenden Honorierungswünsche der Intendanten und Regisseure angeprangert. Ich zitiere einen, der sich jetzt auch an der Debatte, auch in seiner Rolle im Rat der Künste beteiligt. Jürgen Schitthelm konnte damals unwidersprochen feststellen:

Die Sparmöglichkeiten sind vielfältig in einer Stadt mit so vielen Theatern. Aber das Personal in Verwaltung und Technik wird behandelt wie Friedhofsgärtner im öffentlichen Dienst. Nach 30 Jahren Wohlstand müssten etwa Bühnentechniker jetzt auch einmal Teildienst machen – 4 Stunden Vormittags und 4 Stunden Abends.

Ich räume ausdrücklich ein: Das haben wir bis heute nicht hingenommen, weil das Gegenstand von Tarifverhandlungen ist, auch mit dem Bühnenverein und anderen. Aber an den Beispielen und an der Debatte, die wir in Berlin schon einmal hatten, wird deutlich, dass die Probleme dieser Stadt lösbar sind und dass wir erwarten können und erwarten müssen, dass alle, die unmittelbar in den Theatern tätig sind, ihren Beitrag leisten. Der wird auch eingefordert!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Das langfristige Planungssicherheit bringende **Theaterfinanzierungskonzept** hat noch kein ausreichendes Kostenbewusstsein geschaffen. Jedenfalls kann ich das den Reaktionen entnehmen. Aber die Diskussionen haben stattgefunden. Daran werden wir anknüpfen. Wir wollen nicht etwa strukturelle Veränderungen als Schließungen im Bereich der Theaterlandschaft verstanden wissen. Aber eines halte ich hier auch fest: Eine Bühne, die selbst nicht mehr die hinreichende künstlerische Qualität bringt, einzelne Theaterleute oder generell Künstler, die – wie man im künstlerischen Bereich sagt – abgetanz, abgelatscht sind, die werden nicht weiter künstlich durch öffentliche Subventionen gefördert werden können – das muss klar sein –,

[Beifall bei der CDU]

sondern da müssen wir für Neues, auch für neue Kreativität und neue, innovative Kräfte ein Stückchen Raum schaffen. Das gehört zur Lebendigkeit einer Theater- und Kulturstadt!

[Frau Ströver (Grüne): Was wollen Sie denn schließen? – Sagen Sie das doch mal!]

Das Zweite – darüber ist im Einzelnen hier schon gesprochen worden – ist die notwendige offene Diskussion über die Zukunft der **Hauptstadtkultur**. Es kann nicht sein, dass Berlin ständig um die von der **Bundesregierung** zugesagten 100 Millionen DM betteln muss und dass diese Beträge dann von einem parlamentarischen Staatssekretär nach Gutsherrenart und kurzfristig fallweise vergeben werden

[Dr. Girmus (PDS): So machen Sie es doch auch!]

und dann noch in einer Form fallweise vergeben werden, dass die Beträge mindestens drei Mal gleichzeitig ausgegeben werden. Wenn die Bundesregierung zum Kulturretat nicht einen festen und berechenbaren Beitrag leisten möchte, müssen und können zwischen dem Bund und dem Land die Institutionen ausgehandelt werden, die der Bund in Zukunft ganz oder wenigstens hälftig übernehmen möchte. Ich weise darauf hin, dass man sehr Acht geben muss, welche Institutionen dafür im Rahmen unseres Verfassungsverständnisses und der Kulturhoheit der Länder in Betracht kommen. Es sind im Regelfall die Institutionen, die etwas mit Darstellung der Geschichte des Gesamtstaates, der Nation zu tun haben. Es können Einrichtungen sein, die ganz bewusst auch Aufgaben im Rahmen der außenpolitischen Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich möchte also nicht, dass wir durch die Art der Finanzierung und die einzelne Ausformung wegen des Kulturföderalismus eine streitige Debatte über die Hauptstadtfinanzierung mit anderen

RBm Dieppen

- (A) Ländern bekommen. Und ich muss ausdrücklich einzelne Repräsentanten der Bundesregierung darauf hinweisen, dass sie hier bitte sorgfältig zu argumentieren haben.

[Zuruf der Frau Abg. Frau Ströver (Grüne)]

Das Einmischen in alle Einzelfragen der Landes- oder Kommunalzuständigkeit wird hier den Wunsch Berlins, dass der Bund sich durchaus beteiligen kann, eher hindern als fördern. Diese Mahnung – ich will es ausdrücklich als Mahnung begriffen haben – will ich hier formulieren.

Meine Damen und Herren, hier gibt es – in den Anträgen sind ergänzende Vorschläge gemacht worden – angesichts der Debatten, die wir im letzten Jahr mit dem Bund hatten, durchaus Möglichkeiten, dass wir nicht quer durch verschiedene Institutionen, sondern an einzelnen Institutionen orientiert, zu einer **Mitverantwortung des Bundes** kommen. Nur eines sage ich dann auch noch, damit es da gar nicht erst Ärger gibt: Die Einrichtungen, die der Bund dann eventuell in Eigenverantwortung übernimmt, sind nicht automatisch die einzigen Leuchttürme der Berliner Kulturszene,

[Frau Ströver (Grüne): Das ist wohl wahr!]

sondern da gibt es wahrlich mehr, übrigens auch – da haben Sie völlig Recht, Frau Ströver – im Spannungsfeld zwischen dem, was der Bund dann macht, und dem, was städtische Kultur ist. Und dass zur städtischen Kultur nicht nur die großen Häuser gehören, sondern auch die kleinen und die kulturelle Szene insgesamt, die nämlich die Kreativität bringt und die Anziehungskraft für junge Leute, das will ich Ihnen hier ausdrücklich bestätigen.

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Ich erwarte also von Herrn Naumann auch ein Stück weit Zurückhaltung auf der einen Seite und Kreativität auf der anderen.

- (B) Die Probleme bleiben beherrschbar, und ich will noch auf drei Faktoren hinweisen:

Erstens: Wir werden die wirtschaftliche Basis der Stadt verbreitern müssen. Ohne das ist die Vielfalt auch im wissenschaftlichen Bereich, in der Forschung und in der Kultur nicht zu erhalten. Hier ist zu Recht mehrmals darauf hingewiesen worden, dass die kulturelle Ausstrahlung und die Vielfalt der kulturellen Institutionen und Aktivitäten in der Stadt eine wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Anziehungskraft gerade auch in Bezug auf neue Unternehmen sind. Dabei rede ich nicht nur vom Tourismus, sondern ich rede insgesamt von einer neuen Szene im Bereich der Dienstleistungen und der neuen Technologien.

Zweitens: Wir werden die inneren Reformen konsequent weiter umsetzen. Und das betrifft auch nicht nur das Feld der Kultur- und der Wissenschaftspolitik, sondern die Stadt insgesamt – von der Verwaltungsreform bis hin zu dem, was schon beschlossen ist, Verwaltungs- und Bezirksamtsreform oder die Polizeireform. Das Beispiel der Hochschulverträge muss auch auf andere Bereiche übertragen werden.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Und der dritte Punkt ist die Debatte um den **Länderfinanzausgleich** und den **Solidarpakt**. Dabei wird es auch ganz neue Formen geben müssen, die in den Länderfinanzausgleich und in den Bund-Länderausgleich einbezogen werden. Leistung muss sich lohnen. Das ist völlig richtig. Dazu gehört aber auch, dass das System entsprechend angelegt sein muss. Ich erinnere an die Debatten, die in der letzten Legislaturperiode vom Kollegen Radunski geführt wurden. Dabei ging es darum, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, in Kultureinrichtungen zu investieren, weil damit zusätzliche Einnahmen im Bereich des Tourismus entstehen. Eine solche Debatte darf nicht einfach durch die Feststellung beendet werden, dass das für unsere Steuereinnahmen sowieso nichts bringt, weil im System der verbundenen Röhren des Länderfinanzausgleichs für uns nichts übrig bleibt. Das heißt, auch die nehmenden Länder haben ein Interesse daran, dass der Grundsatz gilt: „Leistung in den einzelnen Regionen muss sich lohnen!“ Dass wir in dem Gesamtsektor keinen kalten

Wettbewerbsföderalismus haben wollen, sondern dass wir erwarten, dass gleiche Chancen für alle Länder unter Berücksichtigung der besonderen Belastungen – dabei übrigens auch der Altlasten auf dem Feld der deutschen Teilung – eingeräumt werden, ist aus meiner Sicht Grundbedingung.

Wenn man sich das alles vor Augen hält, besteht wahrlich keine Veranlassung zur Panikmache, sondern die Chancen der Stadt bestehen, wenn sie auch mit riesigen Schwierigkeiten in den Übergangsphasen verbunden sind.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Diese Chancen dürfen wir uns nicht kleinreden lassen. Wir wissen, dass das Unternehmen Berlin im Augenblick noch rote Zahlen schreibt. Aber, meine Damen und Herren, weil die Farbe schwarz ja viel besser ist, werden wir auch zu den schwarzen Zahlen kommen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Führer: Das Wort in der Debatte hat nunmehr Herr Abgeordneter Wolf – bitte sehr! – Ich möchte noch hinzufügen: Auf Grund der Länge des Redebeitrags des Regierenden Bürgermeisters erhalten die Fraktionen fünf Minuten Redezeit mehr.

[Landowsky (CDU): Es haben doch alle noch Redezeit! –
Sen Böger: Die muss man ja nicht nehmen!]

Wolf (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! – Herr Dieppen! Sie haben mir in Ihrem Redebeitrag die Frage nach den **betriebsbedingten Kündigungen** gestellt und gefragt, ob wir der Meinung sind, dass bei der **Charité** betriebsbedingt hätte gekündigt werden sollen. Ich frage Sie, ob das nicht deutlich genug war, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Die Ablehnung betriebsbedingter Kündigungen reicht nicht aus. Man muss sagen, welche Alternative es dazu gibt. – Das heißt auch – und deshalb sage ich das hier noch einmal klar und unmissverständlich: Unsere Position ist und bleibt: Betriebsbedingte Kündigungen sind kein adäquates Mittel.

Ich stimme Ihnen völlig zu in dem, was ich heute von Ihnen – ich glaube, in der „Berliner Zeitung“ – lesen konnte, dass es nämlich eine Vielzahl rechtlicher Probleme geben wird und betriebsbedingte Kündigungen eine Sozialauswahl bedingen. Damit würden gerade die Jungen in die Entlassung kommen, und vor allem wären es diejenigen im Osten, die betriebsbedingt gekündigt werden könnten. Schon allein deshalb verbietet sich dieses Mittel der betriebsbedingten Kündigungen.

Was ich als ein Beispiel dafür, dass die Probleme verdrängt und ausgesessen werden, angesprochen habe, ist die Tatsache, dass diese Diskussion um betriebsbedingte Kündigungen natürlich nicht von ungefähr kommt, sondern weil der **Personalhaushalt nicht ausfinanziert** ist man sich deshalb Alternativen überlegen muss. Da habe ich den Innensenator als den für den Personalhaushalt im Land Berlin zuständigen Senator angesprochen und gesagt: Wenn ein Senator im Bereich des Überhangmanagements eine Politik der Verweigerung betreibt und es z. B. im Land Berlin nach wie vor Situationen und Zustände gibt, dass auf der einen Seite Kita-Erzieherinnen mit Kw-Vermerken auf Sachbearbeiterinnenstellen sitzen, während in den anderen Bezirken neue Stellen für Kita-Erzieherinnen geschaffen und diese dort eingestellt werden müssen, dann stimmt etwas nicht im Überhangsmanagement im Land Berlin. Und dafür ist der Innensenator verantwortlich.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich habe als Zweites gesagt – und das sagen wir seit Jahren –: Es muss endlich eine Initiative für einen **solidarischen Beschäftigungspakt im öffentlichen Dienst** kommen, wo über eine Umverteilung von Arbeitszeit und Einkommen verhandelt, wo ein Einstellungskorridor für junge Menschen im öffentlichen Dienst geschaffen wird und gleichzeitig Personalkosten gesenkt werden. Das ist die politische Aufgabe. Und da existiert seit Jahren Verweigerung.

Wolf

- (A) Es ist doch absurd, wenn nach den angeblichen Verhandlungen, die Herr Werthebach mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geführt hat, diese aus den Verhandlungen zurückkommen und sagen: Unsere Kompromissbereitschaft ist überhaupt nicht ausgetestet worden. Das, was wir an Kompromisslinie in der Tasche hatten, mussten wir überhaupt nicht auf den Tisch legen, weil uns alles, was wir gefordert haben, erfüllt wurde. Ich habe bisher immer Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern so verstanden, dass es da unterschiedliche Interessen gibt, die sich gegenüberstehen, und dass man über diese Interessen verhandelt und zu einem Kompromiss kommt. Und genau dieses ist nicht geschehen. Deshalb bewegt sich in dieser Frage im Personalhaushalt des Landes Berlin nichts. Deshalb ist dies ein Beispiel für Stillstand, für Reformverweigerung, für die Weigerung, irgendwelche Veränderungen einzuleiten, wo man sehenden Auges gegen die Wand läuft.

[Sen Dr. Werthebach: Aha!]

Und deshalb sage ich noch einmal: Betriebsbedingte Kündigungen sind kein Mittel. Aber wir müssen über die Alternativen dazu diskutieren, Herr Werthebach. Und da verlangen wir, dass der Senat endlich initiativ wird, anstatt nur zu sagen, was nicht geht. Wir verlangen auch mal, dass der Senat erklärt, was geht und wie er sich das vorstellt.

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Zweiter Punkt: Herr Diepgen, was die Auseinandersetzung mit dem Bund angeht, war unsere Position seit Jahren – es gibt dazu aus der letzten Legislaturperiode einen Antrag –, dass wir gesagt haben: Es muss eine klare Trennung geben zwischen dem, was städtische Kultur und städtische Verantwortung für die Kultur ist, und dem, was gesamtstaatliche bzw. **bundesstaatliche Verantwortung für die Kultur** ist?

Das hat nichts mit der Auseinandersetzung zu tun, die wir mit Ihnen in den letzten Monaten und im letzten Jahr über ihren Versuch geführt haben, sich politisch aus der Verantwortung für das Holocaust-Mahnmal in dieser Stadt zu stehlen. Ich bestehe darauf, dass diese beiden Fragen nicht miteinander vermischt werden. Die Rolle, die Sie da gespielt haben – und dabei bleibe ich –, war verantwortungslos und hat dieser Stadt geschadet. Das hat nichts zu tun mit der Frage, wer welche Verantwortung in der Perspektive im Rahmen gesamtstaatlicher Verantwortung in der Kulturfinanzierung einnimmt.

[Beifall bei der PDS]

Ich sage noch einmal: In der Auseinandersetzung mit dem Bund hat es keinen Sinn, diese Politik der Schuldzuweisung zu machen, sondern von Seiten Berlins muss die Bereitschaft erkennbar sein, dass man klare Verantwortlichkeiten – und das heißt auch klare Eigenverantwortlichkeiten – hat. Deshalb muss es hier eine präzise Abgrenzung geben, und es kann nicht sein, dass die Bundesmittel in der allgemeinen Haushaltskonsolidierung und im Hin- und Herschieben innerhalb des Kulturhaushaltes versacken. Deshalb sind klare Zuständigkeitsregelungen erforderlich, und man kann dann auch mit dem Bund verhandeln, wenn man klare Zuständigkeitsregelungen vorschlägt. Das schlagen wir für diesen Bereich vor.

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Ich bitte die nächsten Rednerinnen und Redner, nicht die volle Redezeit auszuschöpfen, weil sowohl der Hauptausschuss wie auch der Wissenschaftsausschuss tagen wollen, wie mir signalisiert wurde. Aber ich möchte Sie da nicht einschränken. – Das Wort hat Frau Künast!

Frau Künast (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! – Herr Diepgen! Ich muss sagen, mir kommen die Tränen.

Präsident Führer: Frau Künast, ich darf Sie noch einmal kurz unterbrechen! – Meine Damen und Herren! Das Handy ist im Plenarsaal nicht zu benutzen. Das gilt nicht nur für Abgeordnete, sondern auch für Staatssekretäre. – Frau Künast, Sie haben das Wort!

Frau Künast (Grüne): Herr Diepgen! Mir kommen die Tränen, und wenn Sie mir auch Ihr Taschentuch anbieten – – Nicht einmal ein sauberes haben Sie zu bieten, fällt mir an der Stelle auf. Schade drum!

[Zurufe: Oh!]

Warum kommen mir die Tränen? –

[Landowsky (CDU): Das fragen wir uns auch!]

Die Tränen kommen mir, weil Sie sich hier gerade wie ein Wolf im Schafspelz geriert haben. Sie haben so getan, als läge das Entscheidungsdefizit des Landes Berlin und dieses Senats daran, dass Sie möglicherweise zu wenig Richtlinienkompetenz hätten. Sie haben so getan, als sei der Entscheidungstau in dieser Stadt dadurch verursacht, dass nicht das ganze Haus sich darüber Gedanken gemacht hat, wie neue Strukturen zu schaffen sind und strukturell zu sparen ist und wie jungen Menschen eine Chance gegeben werden kann. – Ich sage Ihnen aber: Unsere Bank hat diese Hausaufgabe gemacht und macht sie seit Jahren. In diesen neun Jahren große Koalition machen wir Monat für Monat Vorschläge, und was machen Sie? – Sie machen damit gar nichts, Sie halten sich die Ohren zu.

[Beifall bei den Grünen]

Sie sagen, wir müssten gemeinsam Lösungen finden. Ich sage: Wir haben sie angeboten. Sie haben aber nicht einmal ansatzweise versucht, diese Strahlkraft des Landes Berlin zu erhalten. Bei all den **weichen Standortfaktoren**, die Herr Landowsky benannt hat und die die Gründe dafür sind, warum z. B. die **Investoren** bzw. die Wirtschaft **nach Berlin kommen** – bei Bildung, Ausbildung, Kultur –, haben Sie durch Ihr Nichtentscheiden und Ihr Wegsehen zugelassen, dass die Situation heute so desaströs ist, wie sie ist. Deshalb ist mir auch klar, warum so mancher nicht kommt, warum keine Senatoren kommen und warum Sie partout erst einmal niemanden mit Qualifikation für das Kulturressort finden werden. Mir ist auch klar, warum keine Investoren kommen, denn all diese Standortfaktoren sind von Ihnen in die Sackgasse geführt worden.

[Beifall bei den Grünen]

Wenn jetzt noch weitere gehen und immer mehr Wirtschaftsbetriebe und Senatoren abwandern, ist man ja fast geneigt, den Film „Kevin – allein zu Haus“ in „Ebi – allein zu Haus“ umzubenennen. Denn bald sieht es genau so aus.

[Oh! von der CDU –

Kittelmann (CDU): Und die Künast wandert auch noch ab! – Weitere Zurufe]

Wie stellen Sie das an, Herr Diepgen? – Sie machen das mit diesem klassischen, mittlerweile berühmten System Diepgen. Was ist das? – Das ist eine Mischung aus Westberliner Feuchtbiotop, wo diese Altherrenriege – man kann nicht sagen „60 plus“, weil Sie alle wenige Jahre jünger sind; deshalb: „60 minus“, ich will nicht uncharmant sein –, die Herren Landowsky, Kittelmann und Diepgen, das fest im Griff hat. Und jeder, der neu kommt, hat keine Chance.

[Landowsky (CDU): Sie haben gar keine Neuen!]

Sie haben auch heute noch die Fäden in der Hand. Sie sortieren alles ordnungsgemäß in Plastikhüllen, und auch wenn Herr Landowsky immer über die Verjüngung und Erneuerung redet – dadurch werden Sie ja nicht jünger, Herr Landowsky,

[Beifall bei den Grünen – Heiterkeit –
Zuruf des Abg. Hoff (PDS)]

das färbt nicht ab, so etwas merke dann selbst ich! –, agieren Sie in dieser Altherrenriege so, dass man sagen muss: Jeden Dienstag früh am Senatstisch wird gebetet, und der Satz heißt: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ – Und genau an diesem Satz scheitern sie dann alle. Da geht dann Herr Schönbohm – nicht, dass ich ihm auch nur eine Träne nachweinen würde. Aber Herr Schönbohm war für Sie so lange gut, wie er am rechten Rand trübe Fische fischte. Das war schön. Da hatte man rechts immer freie Hand, und Herr Schönbohm holte sie. In dem Augenblick, wo Herr Schönbohm die Nase über den

Frau Künast

- (A) Senatstisch brachte und sagte: „Jetzt möchte ich hier auch mal!“, machte es bong: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ – Weg war er!

Herr Radunski war eigentlich nur wohlgefallen, weil er Ihnen den Wahlkampf organisiert hat – auch nach dem Motto: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ – Dafür haben Sie akzeptiert, dass er das mit dem Kulturbereich macht, was er gemacht hat, ihn nämlich in die Sackgasse zu fahren. – Dann bleibt noch Frau Thoben, und die hat selbst die Segel gestrichen an dieser Stelle. – Das war der eine Effekt des System Dieppen.

Der zweite Effekt dieses Systems ist der, den wir gerade schon in verschiedenen Beiträgen gehört haben: Es wird in dieser Stadt nichts, aber auch gar nichts entschieden. Es wird nichts bewegt, es werden keine Linien vorgegeben. Ich bin nahezu gewillt zu sagen: Dieses Auf-den-Sankt-Nimmerleins-Tag-Verschieben muss eine Erfindung von Ihnen sein, weil ich sonst niemandem zutraue, ein solches Wortspiel zu erfinden. Sie jedenfalls nutzen es regelmäßig.

Schauen wir uns doch einmal an, was wir haben: Bis zu 2 Milliarden DM beträgt die Deckungslücke jetzt, und die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass wir in wenigen Jahren eine Deckungslücke von 7 Milliarden DM haben werden. Und wer ist dabei, Herr Wowereit? – Sie haben versucht, so zu tun, als gebe es keine Senatskrise. Nicht das Land Berlin, sondern Eberhard Dieppen habe eine Krise. – Natürlich hat er eine. Aber Sie, Herr Wowereit, haben auch eine Krise.

[Wowereit (SPD): Vielleicht haben Sie auch eine Krise!]

Denn was tut die Berliner SPD seit neun Jahren? – Sie steht dabei, sie steht Schmiere bei dieser Art und Weise, mit Berlins Kapazitäten umzugehen.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

- (B) Sie wissen, dass man im Strafrecht, wenn man Schmiere steht, manchmal zumindest wegen Beihilfe verurteilt werden kann, und ich glaube, das wird das Schicksal der Berliner SPD an dieser Stelle sein.

Was haben Sie z. B. in der Kulturpolitik angerichtet? – Sie haben alle groß geredet, wie gut die Kultur ausgestattet ist, Herr Dieppen! – Es gibt ein Plus von 40 Millionen DM an Zuwendungen von der Bundesebene, aber im Haushalt sieht das aus wie 20 Millionen DM. In welchem Bermuda-Dreieck haben Sie diese Differenz von 20 Millionen DM versacken lassen? – Sie schaffen es ja, selbst dann Löcher zu produzieren, wenn sie ein Plus von 40 Millionen DM erhalten. Das muss erst einmal einer hinbekommen, und Herr Wowereit sieht zu.

Dann kommen Sie noch mit dem schönen Satz, der Bund solle jetzt bezüglich der **Bundesmittel** immer tiefer in die Tasche greifen. Also, so geht es dann auch nicht. Wir machen uns auf der Bundesebene stark, aber Sie müssen dann, bitte schön, auch irgendeinem von uns die Möglichkeit geben, zu erklären und zu zeigen, dass überhaupt strukturell gespart und im Kulturbereich etwas angepackt wird. Man kann doch nicht sagen: „Wir graben tiefe Löcher, rote Zahlen!“, und dann von Herrn Naumann oder Herrn Schröder fordern: „Gib!“ – Das können sie von niemandem von uns erwarten, und das wird auch nicht funktionieren.

Herr Dieppen! Sie haben auch in allen anderen Bereichen nichts angepackt. Eine Milliarde DM Wirtschaftsförderung, aber was haben Sie getan? – Nichts haben Sie getan. Sie reden über Innovationen und über „Mehr Mäuse für die Schule!“ – man müsse besser qualifiziert sein –, aber was passiert mit dieser einen Milliarde? – Eigentlich gar nichts. Stattdessen wird es immer noch so organisiert, dass bis zu dreistellige Summen – wenn man einmal die verschiedenen Ressorts zusammenzieht – an EU-Mitteln nicht ausgenutzt werden. Sie haben im letzten Wahlkampf versprochen, dass 30 000 Medienarbeitsplätze geschaffen werden und bald ein Medienbeauftragter kommt. Das alles wollten Sie aus eigener Kraft schaffen. Aber was haben Sie geschafft? – Herrn Kogel von Sat 1 bleibt das Frühstücksei im Hals stecken, wenn er mit Ihnen am Frühstückstisch sitzt, und er sucht das Weite. 30 000 Arbeitsplätze sehe ich nicht.

Und nun komme ich zu dem Punkt, den wir die ganze Zeit über besprochen haben, nämlich die Frage des Personals. Nehmen wir den Wissenschaftsbereich – die Krankenhäuser –, nehmen wir den Kulturbereich: Es hat vor zwei Jahren zwischen den Gewerkschaften und dem Deutschen Bühnenverein eine Vereinbarung über eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten gegeben. Was haben Sie getan? – Nichts haben Sie getan; die Kulturverwaltung hat sie abgelehnt. Damit hätten Sie doch genau das haben können, wovon Sie immer geredet haben!

Sie haben noch im Wahlkampf mit großem Getöse Beschäftigungssicherung bis 2004 versprochen und haben sich feiern lassen wie King Louis. Und nun beklagen Sie sich und sagen wieder, die Opposition müsse es richten. Von uns gibt es an dieser Stelle regelmäßig Vorschläge! Wir haben über einen solidarischen Beschäftigungspakt geredet; wir reden über Umverteilung, über Arbeitszeitverkürzung. Sie haben all diese Punkte nicht einmal angetippt!

Gucken Sie sich unseren heutigen Antrag an! Wir haben einen gemeinsamen Kulturpersonalpool, einen Innovationsfonds, vorgeschlagen um ein Stück Anschlag zu finanzieren; wir haben in Bezug auf die **Charité** vorgeschlagen, dass diese sich am Personalmanagementverfahren des Landes Berlin beteiligen soll; wir haben gesagt, dass mit dem Universitätsklinikum Benjamin Franklin und der Charité wegen des größeren Einstellungskorridors eine Poolbildung vorgenommen werden muss. Was ist denn mit all dem? – Sie lassen sich schon wieder feiern; sie unternehmen an dieser Stelle keinerlei strukturelle Maßnahme. Und am Ende wollen Sie der Opposition, die regelmäßig Vorschläge macht, die Schuld in die Schuhe schieben. So nicht, Herr Dieppen!

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Frau Abgeordnete! Sie müssen zum Schluss kommen! (D)

Frau Künast (Grüne): Ich komme zum Schluss. – Räumen Sie doch erst einmal in Ihrem eigenen Stall auf! Sie und Herr Landowsky sind manchmal schon nicht einer Meinung. Und heute entnimmt man den Zeitungen, z. B. dem „Berliner Kurier“, dass die hoffnungsfrohe Nachwuchskraft Monika Grütters sagt: „In der Charité gibt es keine andere Möglichkeit als Kündigungen.“ Oder Nico Zimmer, Sprecher der „Jungen Gruppe“, sagt, trotz des Wahlversprechens müsse es jetzt eine Aufhebung des „Kündigungsdenkverbots“ geben.

[Zuruf des Abg. Kittelmann (CDU)]

Herr Dieppen, Sie haben nicht einmal bei sich selbst aufgeräumt und wollen uns die Schuld in die Schuhe schieben. Wir haben eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht. Wir haben niemandem etwas vorgegaukelt und den Menschen gesagt: „Ihr müsst flexibler sein, und dazu sind Poollösungen notwendig, um Umstrukturierungen und neue Chancen zu erreichen.“ Heute gebe ich Ihnen Ihre Aufforderung zurück, Herr Dieppen. Beschäftigen Sie sich bitte endlich mit den Vorschlägen, die zumindest meine Fraktion seit Jahren macht. Berlin hat Chancen, Berlin hat Möglichkeiten.

[Kittelmann (CDU): Und Sie gehen weg!]

Und es gibt an vielen Stellen die Situation, dass der Ball quasi auf dem Elf-Meter-Punkt liegt. An vielen Stellen kann man strukturell sparen und neue Möglichkeiten eröffnen. Aber Sie machen nicht einmal den Versuch, ein Tor zu Gunsten des Landes Berlin zu schießen. Das ist unser Vorwurf.

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Führer: Mir liegt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Girus von der Fraktion der PDS vor. Sie haben bis zu sechs Minuten Zeit.

- (A) **Dr. Girmus (PDS):** Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Diepgen! Ich bin wirklich erschüttert.

[Oh! von der CDU]

Sie und die große Koalition – Sie auch, Herr Landowsky, und auch Herr Wowereit – haben versucht, das Problem, um das es hier heute geht, klein zu reden. Und nicht nur das, Sie haben versucht, es schön zu reden.

[Zuruf des Abg. Landowsky (CDU) –

Goetze (CDU): Haben Sie überhaupt zugehört?]

Sie haben Nebelkerzen geworfen und damit von dem eigentlichen Problem bewusst abgelenkt. Sie haben keinen konkreten Vorschlag dazu gemacht, wie die Krise bewältigt werden kann – keinen Vorschlag, der nicht schon zigmal hin- und hergewendet wurde und dann abgelehnt werden musste, weil das Vorgeschlagene um das Mehrfache teurer würde als die Fortschreibung des Bestehenden.

Wenn ich ein Fazit ziehen sollte, haben Sie gesagt: „Eigentlich ist doch alles paletti.“ Die chronische Unterfinanzierung von Kultur und Wissenschaft wollen Sie in den Griff bekommen, aber mehr Geld gibt es nicht. Mit anderen Worten: Warum Frau Thoben überhaupt zurückgetreten ist, müsste uns allen ein Rätsel bleiben.

[Landowsky (CDU): Richtig!]

Ihre Berufung war ein Irrtum; sie war eine Fehlbesetzung. Und – Herr Landowsky –: Wenn Sie uns auf Kulturveranstaltungen nicht sehen, dann hat das für uns nur eine Erklärung: Entweder Sie haben ein sehr selektives Wahrnehmungsvermögen,

[Landowsky (CDU): Das ist wahr!]

oder Sie sind nicht auf diesen Kulturveranstaltungen.

[Beifall bei der PDS – Zuruf des Abg. Landowsky (CDU)]

- (B) Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Am Rücktritt von Frau Thoben wird eben doch eine politische Krise des Senats offenbar. Diese ist an einer sehr sensiblen Stelle akut geworden – sensibel deshalb, weil jetzt der finanzielle Crashkurs an einer Stelle zum Bruch geführt hat, von der die Öffentlichkeit breit berührt ist und die die Öffentlichkeit deshalb sehr intensiv wahrnimmt. Und das gilt für alle Menschen, die Bildung, Kultur und Wissenschaft nicht als Ware, nicht als Event betrachten, sondern als echtes Bedürfnis und unverzichtbar für ihr Leben.

Das finanzpolitische Desaster in der Berliner Kulturpolitik – und nicht nur dort, sondern in der Berliner Politik überhaupt – ist nicht erst mit dem Rücktritt von Frau Thoben offenbar geworden, sondern es liegt am „System Diepgen“. Und das wiederum hat dessen Duzfreund Peter Radunski so perfekt beherrscht und praktiziert, dass wir heute vor einem Trümmerhaufen stehen. Dieses System der finanzpolitischen Verschleierungen, der versteckten Haushaltslöcher, Buchungstricks und Mauscheleien hat Frau Thoben zu einer Gratwanderung getrieben zwischen ihrem politischen Engagement für betriebsbedingte Kündigungen, den finanzpolitischen Zwängen und der Hinterlassenschaft ihres Vorgängers auf der einen Seite und ihrem Versprechen für den Erhalt der Berliner Kulturlandschaft in Vielfalt und Qualität auf der anderen Seite. So eine Gratwanderung ist objektiv nicht zu bewältigen. Die Probleme für Wissenschaft und Kultur waren schon vor ihrer Berufung bekannt und sind in der Presse weidlich und anschaulich vorgeführt worden. Dazu gehört die seit Jahren chronische Unterfinanzierung des Kultur- und Wissenschaftshaushalts durch die Absenkung des Etats um über eine Milliarde DM. In den Theatern wurde Personal in einer Größenordnung von 10 bis 20 % abgebaut, Vorderhauspersonal wurde ausgegliedert, technisches Personal ist so „ausgedünnt“, dass manchmal an einem Tag zugleich nicht mehr geprobt und eine Vorstellung gespielt werden kann. Chöre, Ballette, Orchester sind so weit abgebaut, dass Dirigenten und Intendanten ernsthaft daran denken, Berlin zu verlassen.

Von der Verantwortung für die bezirkliche, dezentrale, Kulturarbeit hat man sich auf Senatsseite ganz verabschiedet. Musikschulen sollen auf das bundesweit niedrigste Niveau zurechtge-

stutzt werden. Öffentliche wie wissenschaftliche Bibliotheken können Bücher und Zeitschriften nur noch begrenzt anschaffen. Die Förderung der multikulturellen Projekte bewegt sich inzwischen im unteren Promillebereich. Freie Träger und kleine Kulturprojekte sind permanent durch Haushaltssperren und Kürzungen in ihrer kontinuierlichen Arbeit behindert. Und wie oft wird ein Projekt von Arbeitslosen weitergeführt, um die Zeit der Not zu überbrücken! Statt Arbeit im Kulturbereich zu schaffen, werden Arbeitsplätze in Frage gestellt. Und wie sind wir alle an der Nase herumgeführt worden, wenn es wieder ein Versprechen zur Wiedereröffnung des Metropol-Theaters gab! Der Etat des geschlossenen Theaters wurde dreimal ausgegeben, ohne dass sich seit 1997 einmal der Vorhang gehoben hat.

Die Berliner Kultureinrichtungen und Hochschulen sind zu Strukturreformen bereit. Sie müssen nur zu dem Ziel führen, Planungssicherheit zu gewährleisten. Dafür haben wir mit unserem Antrag notwendige Schritte vorgeschlagen. Voraussetzung für das Greifen ist allerdings der radikale Bruch mit dem „System Diepgen“, mit dem System der großzügigen Versprechung „Lass mal, wir werden das schon richten!“ Und wenn es „dumm“ läuft, dann heißt es eben „Bemühenszusage“. Voraussetzung für das Greifen unserer Vorschläge ist ein radikaler Bruch mit der Politik des Laisser-faire und des Weiterwurstelns.

Präsident Führer: Herr Abgeordneter! Sie müssen zum Schluss kommen!

Dr. Girmus (PDS): Solange Sie das praktizieren, wird es Nachahmer und Trittbrettfahrer geben. Dazu abschließend ein Beispiel: Vor wenigen Jahren wurde an der Technischen Universität ein Frankreich-Zentrum gegründet. Dem lag ein geisteswissenschaftlich wirklich innovatives Konzept zu Grunde. Genutzt haben es karrierebewußte Akademiker, um in Zeiten des beruflichen Überlebens zunächst die Initiatoren hinauszudrängen, dann konservative Inhalte zu etablieren, damit die Innovation zu zerstören und schließlich das Ganze so gegen den Baum zu fahren, dass der Wissenschaftsrat demnächst die Schließung des Frankreich-Zentrums empfehlen wird. Aber das reicht noch nicht; jetzt kommt das „System Diepgen“. In dieser verfahrenen Situation beschließen die TU-Spitze und die Wissenschaftsverwaltung gegen das Votum des akademischen Senats, eine C 4-Professur für ein Fach in dieses Zentrum zu berufen, für das es überhaupt keinen Bedarf gibt. Und sie versprechen dazu eine heute extraordinär luxuriöse Amtsausstattung mit drei Assistenzstellen, davon eine C 1/C 2-Stelle für einen Anglisten, vier Tutores, 80 000 DM für Literaturbeschaffung, 25 000 DM für Informationstechnik.

Das ist die Fortsetzung des Systems Diepgen in nachgeordneten Einrichtungen. Warum soll dort nicht getrickst und geschoben werden, nicht anders als im Senat?

Präsident Führer: Herr Girmus! Ich habe Ihnen jetzt genügend Redezeit gegeben, Sie hatten mir gesagt,

[Kittlmann (CDU): Er hat nichts gesagt!]

dass Sie zum Schluss kommen wollen. Nun bitte ich Sie, wirklich zum Ende zu kommen!

Dr. Girmus (PDS): Geben Sie sich einen Ruck, machen Sie mit diesem System Schluss, dann wird Ihnen auch die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz nicht davonrennen, dann hat Berlin wirklich einen Gewinn davon. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall von der PDS –

Vereinzelter Beifall bei den Grünen –

Goetze (CDU): Ist das hier ein Stasikulturhaus?]

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit ist die Aktuelle Stunde erledigt.

(C)

(D)

Präsident Führer

(A)

Wir haben heute noch zwei Anträge vorliegen: einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 14/299 und einen Antrag der Fraktion der PDS mit der Drucksachennummer 14/303.

(C)

Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung beider Anträge an den Kulturausschuss und an den Hauptausschuss. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so überwiesen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste und neunte Sitzung ist am Donnerstag, den 13. April und beginnt um 9.00 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 11.11 Uhr]

(B)

(D)